

DENKWERKSTATT DIGITALISIERUNG UND GESELLSCHAFT

ABSCHLUSSBERICHT

**HESSEN.
ZUSAMMENHALTEN.**

HESSEN
SPD

VORBEMERKUNG

Internet und digitale Kommunikation haben längst alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfasst. Diese Umwälzung hat soziale und ökonomische Folgen, die vergleichbar sind mit den großen industriellen Revolutionen der Neuzeit, mit all ihren Chancen für Wohlstand, Fortschritt und Emanzipation, aber zugleich auch mit allen Risiken neuer sozialer Unsicherheit, Marginalisierung und Überwachung der Menschen. Daraus ergeben sich neue Fragen, die die Sozialdemokratie als Partei der sozialen Marktwirtschaft, der guten Arbeit und der Demokratie herausfordern.

Das Internet und dessen Sprachen setzen als Querschnittstechnologie alle Lebensbereiche unter neue Orientierungen und Imperative, die ihrerseits auf Gerechtigkeitsvorstellungen hin noch unzureichend untersucht wurden. Aufgabe der SPD ist es also, festzustellen oder explizit zu machen, welchen Imperativen die neue Querschnittstechnologie unsere verschiedenen Lebensbereiche unterstellt und worin neue Gerechtigkeitsanforderungen bestehen können.

Die hessische Sozialdemokratie hat eine lange Tradition in der Entwicklung innovativer politischer Konzepte und Ideen. Diese Tradition werden wir fortsetzen und ausbauen. Die Hessen-SPD hat daher eine Denkwerkstatt einberufen, die sich mit zentralen Zukunftsfragen ebenso wie mit sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklungsstrategien befasst.

In den Jahren 2014 und 2015 erarbeitete die Denkwerkstatt Positionen zur digitalen Entwicklung folgender politischer Handlungsfelder: Wirtschaft, Arbeit, politische Willensbildung und Öffentlichkeit, Bildung und Kultur sowie informationelle Selbstbestimmung. Dazu fanden insgesamt sechs Arbeitsgruppensitzungen statt, in denen die wesentlichen Themen auf Grundlage von Inputs ihrer Teilnehmer diskutiert wurden. Aus diesen Diskussionen innerhalb der engeren Arbeitsgruppe sowie aus Beiträgen weiterer Expertinnen und Experten konnte der vorliegende Bericht entwickelt werden. Er bildet zugleich den Entwurf für einen Leitantrag der hessischen SPD zu den Herausforderungen der Digitalisierung.

Die Denkwerkstatt nahm ihre Arbeit unter dem erweiterten und fragenden Titel „Digitalisierung und Gesellschaft“ auf. Mit Abschluss ihrer intensiven Beratungen können wir nun einen Bericht vorlegen, der in die Digitalisierung der Gesellschaft konkretere Einsicht nimmt.

Der besondere Dank gilt allen, die an diesem Projekt mitgewirkt haben: Philipp Höhn für die Mitwirkung am Abschlussbericht und Michael Fraenkel für die Unterstützung der Organisation, Frank Herrmann und Fedor Ruhose für die umfangreiche Formulierung des Bereichs Arbeit, Georg Maier und Ralf Strehlau für ihre Beiträge zum Bereich Wirtschaft, Michael Siebel für die Mitwirkung im Bereich Politische Partizipation sowie Manfred Faßler und Stefan Katzenbeisser für ihre insgesamt erhellenden Anmerkungen zum Text.

Ganz besonderer Dank gilt David Dilmaghani, ohne dessen Engagement in der Konzeption, Vorbereitung, Organisation und Begleitung der Denkwerkstatt ebenso wie bei der Formulierung des Berichts dieses Ergebnis niemals zustande gekommen wäre.

Dr. Thomas Spies MdL

Leiter der Denkwerkstatt

Wiesbaden, den 27. Oktober 2015



INHALT

	MITWIRKENDE AN DER DENKWERKSTATT DIGITALISIERUNG UND GESELLSCHAFT	4
1.	EINFÜHRUNG	6
2.	ARBEIT UND DIGITALISIERUNG – DER DIGITALISIERTE STRUKTURWANDEL DER ARBEITSWELT	8
3.	WIRTSCHAFT 4.0	14
4.	DIGITALE BILDUNG VON KITA BIS HOCHSCHULE	21
5.	ENTWICKLUNG VON MEDIEN, POLITISCHER KOMMUNIKATION UND INFORMATION IN DER DIGITALISIERUNG	26
6.	INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG, DATENSCHUTZ UND DATENVERWERTUNG	29
	ANHANG: HANDREICHUNG ZUR KONFERENZ ‚DIGITALE ZUKUNFT‘ AM 08. JUNI 2015 IN WIESBADEN	32

MITWIRKENDE AN DER DENKWERKSTATT DIGITALISIERUNG UND GESELLSCHAFT

Katja Baumann, Diplom-Designerin, Designbüro Frankfurt

Hermann-Josef Birk

Prof. Dr. Ursula Birsl, Politikwissenschaftlerin, Universität Marburg

Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Soziologin, Universität Frankfurt

Dr. Alessandra d'Aquino-Hilt, freiberufliche Trainerin und Dozentin für
Fremdsprachendidaktik

Axel Dielmann, selbständiger Verleger

David Dilmaghani, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Denkwerkstatt

Tobias Eckert MdL, Sprecher für Kreativwirtschaft, Breitbandausbau u. Digitalisierung der
SPD-Landtagsfraktion Hessen

Prof. Dr. Manfred Faßler, Kulturanthropologe, Universität Frankfurt

Ralph Förg, Geschäftsführer Filmhaus Frankfurt e. V.

Michael Fraenkel, Grundsatzreferent der HessenSPD

Gernot Grumbach MdL, Sprecher für Wissenschaft und Kunst
der SPD-Landtagsfraktion Hessen

Prof. Dr. Jürgen Handke, Philipps-Universität Marburg, Mitglied der bundesweiten Experten-
gruppe „Innovationen in Lern- und Prüfzenarien“

Frank Herrmann, Gewerkschaftssekretär

Philipp Höhn, Mitarbeiter von Dr. Thomas Spies MdL

Peter Holnick, Geschäftsführer des Instituts für Medienpädagogik und Kommunikation –
Landesfilmdienst Hessen e. V. „Gesellschaftlicher Wandel durch digitale Kommunikation“

Prof. Dr. Stefan Katzenbeisser, Informatiker, TU Darmstadt

Dr. Michael Klein, Direktor des Instituts für Neue Medien, Frankfurt

Dr. Constanze Kurz, Pol. Sekretärin beim IG Metall Vorstand, Leitung des Ressorts „Zukunft
der Arbeit“

Georg Maier, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digi-
tale Gesellschaft

Dr. Erik Meyer, freier Online-Redakteur und Dozent

Gerold Reichenbach MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der
SPD-Bundestagsfraktion

Stephanie Renda, Geschäftsführerin der match2blue GmbH

Fedor Ruhose, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Politikwissenschaftler, Universität Kassel

Michael Siebel MdL, Vorsitzender des Forums Kunst und Kultur der Sozialdemokratie in Hessen e.V.

Prof. Dr. Dres. h. c. Spiros Simitis, Mitglied des Nationalen Ethikrats und u. a. ehemaliger Datenschutzbeauftragter des Landes Hessen

Dr. Thomas Spies MdL, Leiter der Denkwerkstatt Digitalisierung und Gesellschaft

Ralf Strehlau, Partner und Geschäftsführer von Anxo Management Consulting

Prof. Dr. Bernd Trocholepczy, Beauftragter der Goethe-Universität Frankfurt in der Arbeitsgemeinschaft „Neue Medien in der universitären Lehrerbildung“

Wolfgang Weyand, Vorsitzender des Clusters der Kreativwirtschaft Hessen e. V. (CLUK)

DENKWERKSTATT DIGITALISIERUNG UND GESELLSCHAFT

ABSCHLUSSBERICHT

1. EINFÜHRUNG

„Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“
(zugeschrieben Karl Valentin u. a.)

Große Datenverarbeitungskonzerne hielten vor vierzig Jahren die von ihnen produzierten Geräte ausschließlich für den Insidergebrauch geeignet und verpassten das Aufkommen der ersten „Personal Computers“. Vor zwanzig Jahren nahm die Verbreitung des Internets dramatisch an Fahrt auf, und vor zehn Jahren war die Fantasie der meisten Menschen noch nicht darauf eingestellt, über mobile Geräte ständig „online“ zu sein.

Heute sind Internet, Computerisierung und Datentransfer nicht nur in der Gesellschaft angekommen, sondern haben diese bereits grundsätzlich verändert. Mit ihnen werden Produktionsbedingungen, Kommunikationsweisen und Wissensformen revolutioniert. Die digitale Gesellschaft verändert unser soziokulturelles Verständnis und Selbstverständnis in vielen Lebensbereichen. Dimensionen wie Privatheit und öffentliche Existenz, soziale Interaktionsformen und Verhaltensweisen, Norm- und Moralvorstellungen wandeln sich unter dem unbegrenzten Einfluss neuer Informationen und unerwarteter, mit kulturellen Gewohnheiten kaum vereinbarer Verhaltensweisen. Die kulturelle Globalisierung erfährt durch die Digitalisierung eine dramatische Beschleunigung und erfordert Strategien zur Handhabung sozialer und emotionaler Konsequenzen.

Internet und vernetzte Informationstechnologien sind nicht nur eine sektorale Neuerung, sondern müssen als Universaltechnologien betrachtet werden. Die Universalität gehört zu den Besonderheiten der digitalen Revolution und bedeutet, dass alle Lebensbereiche erfasst und also die Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche betrachtet werden müssen. Wir sind Zeugen eines gleichzeitig lokal und weltweit stattfindenden Umbaus von Wissens-, Denk-, Arbeits-, Entscheidungs- und Organisationsstrukturen.

Digitale Vernetzungsprozesse sind gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsprozesse, aber ihre Dynamik ist ohne einen zivilen, privaten, oft spielerischen Umgang der Nutzerinnen und Nutzer nicht vorstellbar. Die tief greifenden Veränderungen im Aufbau der Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Person, Wissen und sozialen Beziehungen zeichnen die Umriss einer kompletten Ökonomisierung unserer sozialen Fähigkeiten und Bedürfnisse ab: Gesellschaft wird zum ständig neu verwertbaren Datenkörper.

Digitalisierungsprozesse, die Vernetzung von Datenpools, die Aktivierung von immer neu kombinierten Datenströmen werden weiterhin Lebens- und Arbeitsverhältnisse bestimmen. In den letzten Jahren ist dabei immer deutlicher geworden, dass wir mit Software nicht nur Dinge und lineare Prozesse modellieren. Software ist ein soziales Gefüge und erzeugt unaufhörlich weitere soziale Zusammenhänge – egal, wie klein die Datenfelder sind. Jedes Programm ist der Kern sich verändernder Sozialverfassung. Diese konstitutive Dimension für soziales Leben wollen wir stärker in den Vordergrund gesellschaftspolitischer Debatten stellen.

Denn: Mitten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zeichnen sich Umriss einer Entwicklung ab, die weit mehr Konsequenzen nach sich ziehen wird als die Digitalisierung von Dingen, Kommunikationsangeboten und Entscheidungsverläufen. Es sind zunehmend komplexere Algorithmen, die als Entscheidungs-, Organisations- und Zusammenhangsmaschinen ganze Handlungsfelder „anbieten“, Design von Kommunikation und Entwicklungsoptionen vorgeben, also im weiten Sinne soziale Problem- und Lösungspakete verkörpern. Diese massive Algorithmisierung von immer mehr Bereichen des Sozialen wird einerseits einem Rationalitätsprinzip unterstellt, das Lösungen nur innerhalb der Datenkorrelationen ermöglicht.

Und andererseits werden soziale Dimensionen abgetrennt von freier, offener Gruppenkommunikation. Das Soziale wird zu einer Ansammlung von komplexen, algorithmisierten Paketlösungen. In ihnen werden Standards der Verständigung, der Vernetzung oder der vernetzbaren Handlungsabläufe angeboten. Obwohl für den Bank- und Börsensektor vorrangig von Bedeutung, geben die Algorithmenpakete des High Frequency Trading und der CryptoCurrencies eine Vorschau auf die gesamte Modularisierung des Sozialen, und zwar neben und außerhalb herkömmlicher Schichten-, Gruppen- und Klassenzugehörigkeit. Die Algorithmisierung des Sozialen löst die damit (durchaus komplex) automatisierten Praxisfelder aus den bisherigen Zusammenhängen von bürgerlicher, demokratischer, humanistisch verstandener Gesellschaft. Damit stehen nicht nur Erwartungen an auszuhandelnde zivilgesellschaftliche Veränderungen infrage. Die Ordnungs- und Organisationslogiken dieser Sozialalgorithmen erlauben es, auch Legitimations-, Begründungs- und Erklärungs-Ansprüche zu ignorieren.

Es ist zwingend, eine sozialdemokratische Politik in Augenschein dieser enormen gesellschaftlichen Transformationsprozesse zu formulieren. Die gegebenen sozialen Zusammenhänge wie auch ihre regulierenden, normativen Konzepte davon, was Gesellschaft sein soll, müssen gemeinsam mit den neuen und sich entwickelnden technologischen Zuständen und den Entwicklungsoptionen der digitalisierten Felder verstanden werden.

Das ist der Kern des sozialdemokratischen Verständnisses vom Fortschritt: dass es darauf ankommt, den technischen Fortschritt in einen sozialen Fortschritt umzusetzen. Der Anspruch der Volkspartei verlangt dabei, die Veränderung der sozialen Systeme nicht nur in Bezug auf Wirtschaft und Ökonomie zu sehen, sondern den Einfluss der fortschreitenden Digitalisierung auf alle sozialen Lebensverhältnisse ebenso wie die enormen Entwicklungspotenziale einzuschätzen, um sie mit politischen Optionen zu verbinden.

Der ursozialdemokratische Fortschrittsoptimismus trifft bei der Digitalisierung auf einen Prozess, dessen Komplexität und Dynamik und inhärente Selbstbeschleunigung gesellschaftliche Prognosen vor ungekannte Herausforderungen stellt, für die es keine angemessenen Erfahrungswerte gibt. Noch keine Innovation hat eine so schnelle Durchdringung aller Lebensbereiche geschaffen. Umso dringlicher ist die Diskussion nicht nur der erwarteten Veränderungen, sondern insbesondere die Vergewisserung der politischen Werte und Maßstäbe.

Es steht an, das sozialdemokratische Konzept einer freien, gleichen und gerechten Ordnung in der digitalen Gesellschaft zu konkretisieren. Es gilt, unter den Bedingungen der Digitalisierung die politische Gestaltung der Lebensverhältnisse zu sichern und den Vorrang demokratischer Prinzipien vor den Interessen mächtiger Akteure zu sichern. Fragen nach der Plausibilität des Gesellschaftskonzeptes bezüglich globaler Technologiedynamiken und Ökonomien drängen sich immer hartnäckiger auf.

Dabei gilt es zu beachten, dass auch digitale Kompetenzen begrenzt sind. Rechner erschaffen eine durch Algorithmen formatierte Wirklichkeit. Aber unsere Welt bleibt immer mehr als nur ihre Algorithmen. Auch wenn alles digital erfasst ist, können wir nicht alles durch digitale Mittel hervorbringen. Die Welt, unsere gesellschaftlichen Beziehungen und auch die Natur bleiben in diesem Sinne unberechenbar.

Angesichts der gewaltigen Dynamik der Prozesse wäre es vermessen, heute eine abschließende Antwort auf alle anstehenden Herausforderungen geben zu wollen. Aber ohne gestalterischen Anspruch werden wir zum Spielball jener Dynamik. Deshalb schlagen wir die folgenden Analysen und Konzepte als ersten Schritt auf dem Weg zur Sicherung des politischen Primats auch für die digitale Gesellschaft vor.

2. ARBEIT UND DIGITALISIERUNG – DER DIGITALISIERTE STRUKTURWANDEL DER ARBEITSWELT

Die sogenannte vierte industrielle Revolution wird die Arbeitswelt Deutschland (und Hessen) vor enorme Herausforderungen stellen. Nur wenn die Sozialpartner diese Entwicklungen gemeinsam und mit einem gestalterischen Anspruch angehen, kann Deutschland (und Hessen) vom digitalen Strukturwandel profitieren. Digitalisierung und Flexibilisierung – das sind die Trends, mit denen sich die Arbeitswelt von morgen auseinandersetzen muss. Arbeitsorganisation, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungssysteme befinden sich im Wandel.

Wenn man alleine die Wachstumszahlen bei der Nutzung des Internets betrachtet, wird deutlich, welche neuen – zum Teil noch unerschlossenen – Märkte im Entstehen begriffen sind. Die Zahl der weltweiten Internetnutzer hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt (Quelle: ITU Statistics), und auch die Zahl der mobilen Nutzer hat in diesem Zeitfenster rasant zugenommen und sich fast verzehnfacht. Mehr Kunden können digital und mobil erreicht werden, darin liegen neue Möglichkeiten für viele hessische Unternehmen des Mittelstandes.

Als Treiber des digitalen Wandels stellen sich insbesondere vier Entwicklungen heraus. Da ist zum einen die immer noch rasante Leistungssteigerung der IT-Systeme. Zudem bieten neue Technologien wie Roboter, cyberphysikalische Systeme oder 3-D-Drucker die Möglichkeit, reale und virtuelle Welt zusammenwachsen zu lassen. Gleichzeitig führen Entwicklungen und die besagten Leistungssteigerungen zu rasant sinkenden Kosten. Auch spielt die unter dem Begriff „Big Data“ zusammengefasste neue Qualität der Massendatenverarbeitung eine wichtige Rolle. Hier entstehen neue Steuerungsmodelle der Produktion, neue Dienstleistungen und generell neue Geschäftsmodelle, die heute in ihren Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Gleichzeitig stellen sich in diesem Bereich neue Sicherheitsfragen für Verbraucher und Unternehmen. Schlussendlich löst die Digitalisierung auch veränderte Konsumentenwünsche aus oder verstärkt diese. Stichworte hier sind Prosumer oder auch die sogenannte Share Economy. Unternehmen wie AirBnB, Uber und Co. stellen die Gesellschaft vor die Fragen, wie die Arbeitswelt der Zukunft gestaltet werden soll und wie wir soziale Absicherung in einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft sichern sollen.

Daher stellt sich insbesondere die Frage, wie sich diese neuen Geschäftsmodelle auf die Arbeit, auf Mitbestimmung und auf die Rolle der Sozialpartner und des Staates auswirken. Dabei kann festgestellt werden, dass unterschiedliche Entwicklungen gleichzeitig zu beobachten – und auch auszuhalten – sind. Bundesländer wie Hessen können von den „disruptiven Innovationen“ (C. Christensen) profitieren und Mehrwert aus Big Data generieren. Gleichzeitig müssen die Auswüchse des „Uber-Plattform-Kapitalismus“ begrenzt werden.

Die neuen Technikwelten für Produktion und Dienstleistungen, die unter den Begriffen „Industrie 4.0“, „Makers“ (C. Anderson) und „Crowdsourcing“ zusammengefasst werden, üben einen starken Impuls auf die Wirtschaft und deren Wachstum aus. Von einem „zweiten Maschinenzeitalter“ (Brynjolfsson und McAfee) ist die Rede, welches es ermöglichen könne, die drohende „seculare stagnation“ in den Industrienationen abzuwenden.

Einher geht dies mit neuen Arbeitsformen. Die Arbeit der Zukunft ist entgrenzt, mobil und jederzeit erreichbar. Doch schaut man genau hin, jenseits der Schlagwortdebatten, dann stellt man fest, dass Telearbeit stagniert, die Arbeitswünsche der Menschen nicht mit der Arbeitsrealität übereinstimmen und das sogenannte Crowdworking bislang ein Randphänomen ist. Dennoch kann man davon ausgehen, dass die Automatisierung und der aktuelle Wandel von Berufen zu einem Wegfall mittlerer Tätigkeiten mit hohem Routinegrad führen. Das Neue an der Algorithmen-basierten Wirtschaftsweise ist, dass bald auch anspruchsvolle kognitive Tätigkeiten automatisierbar erscheinen. Der digitale Strukturwandel wird Berufsbilder grundlegend verändern, manche standardisierten und einfachen Tätigkeiten verdrängen sowie neue,

höher qualifizierte entstehen lassen. Mit Arbeitsplatzverlusten oder zumindest -verschiebungen ist zudem in einigen Dienstleistungsberufen zu rechnen.

Es besteht überwiegend Einigkeit, dass beim aktuellen Strukturwandel nicht die Substitution menschlicher Tätigkeiten durch Maschinen an erster Stelle stehen kann, wenn Deutschland ein erfolgreiches Wirtschaftsland bleiben will. Vielmehr rücken an vielen Orten die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten noch weiter in den Mittelpunkt der einzelnen Unternehmensstrategien. Politik muss hier den Rahmen setzen und einen gesellschaftlichen Konsens erzielen, um in der Ausgestaltung der digitalen Arbeitswelt den fairen Ausgleich zwischen den Interessen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sicherzustellen.

Kaum absehbar ist bislang, welche Geschäftsmodelle und Produktionskonzepte sich durchsetzen werden. Deshalb ist es nötig, durch eine geeignete Metaforschung von technischen Innovationen zu erkennen und in einem umfassenden Dialog zu klären, welche Handlungsbedarfe bestehen. Dazu gilt es, neben der Förderung entsprechender Forschung auch eine regionale Plattform „Digitale Arbeitswelt“ für Hessen analog zum Prozess im Rahmen des IT-Gipfels der Bundesregierung zu implementieren.

Neue Arbeitsorganisation braucht Qualifikation

Der mit Industrie 4.0 einhergehende Trend zu komplexen Arbeitszusammenhängen und zu höherwertigen Aufgaben für die Beschäftigten wird sich nachhaltig auf die Organisation der Arbeit – nicht nur in der Industrieproduktion – auswirken:

Es entstehen neue Formen der Arbeitsteilung, die immer weniger von den Erfordernissen linearer Produktionsabläufe geprägt sind. An die Stelle definierter und sich wiederholender Handgriffe zu festen Zeiten an festen Orten treten zunehmend die flexible und situative Handlungsfähigkeit und übergreifende Verantwortung der Fachkraft. Individuelle Arbeitszeitgestaltung tritt an die Stelle einer starren Präsenzkultur, die auf Basis immer leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen sowohl eine ununterbrochene Erreichbarkeit wie Reaktionsfähigkeit erlauben.

Die fachlichen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen an Bedeutung. Individuelle Qualifikationen erhalten daher einen neuen Stellenwert. Noch ist nicht absehbar, welchen Effekt diese Entwicklung auf das Verhältnis von Stammbeschaftung und externen Beschäftigten haben wird. Einige Experten gehen von heterogeneren Belegschaften aus, in der die Stammbeschaftung um eine Vielzahl von Leih- und Werkvertragsarbeitern oder um Drittbeschäftigte, etwa IT-Dienstleister, ergänzt wird. Auf der anderen Seite wird vertreten, dass es eine Entwicklung hin zu mehr eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben könnte.

Angesichts der zunehmenden Automatisierung stellen sich vor allem Fragen nach der Unterstützung durch Maschinen. Es muss verhindert werden, dass der zunehmende Einsatz von Robotern und digitalen Vernetzungen zu Wertschöpfungsketten führt, die Menschen zu Handlangern der Maschinen werden lassen. Wichtig ist auch, Wege aufzuzeigen, wie die Maschinen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit beitragen können.

Arbeit 4.0 wird daher neben neuer Arbeitsorganisation auch neue Qualifizierungs- und Ausbildungsstrukturen erfordern, die diese Erweiterungen und neuen Schwerpunkte aufnehmen. Der verstärkte Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) in der Produktion führt nicht nur zu neuen Kompetenzfeldern, sondern auch zu einer Verkürzung von Innova-

tions- und Wissenszyklen. Damit einhergehend verlieren bestehende Qualifikationen schneller ihren Wert, was von den Beschäftigten eine kontinuierliche Anpassungsleistung und von den Unternehmen verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote erfordert. Produktionswissen muss gleichzeitig breiter, schneller und flexibler werden, um mit dem Produktionswandel Schritt halten zu können – und das über den gesamten Lebensverlauf.

Daraus folgt: Bestehende Berufsbilder müssen weiterentwickelt werden, und mittelfristig werden auch ganz neue Berufe entstehen. Besonders wichtig ist, dass die Ausbildung möglichst praxisnah auf diesen Wandel reagieren muss.

Weiterentwicklung der Qualifizierungs- und (Aus-)Bildungsstrukturen

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Qualifizierungs- und (Aus-)Bildungsstrukturen sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Weiterentwicklung der Beruflichkeit hin zu einer „erweiterten modernen Beruflichkeit“ als integratives Konzept von dualer Ausbildung und Studium. Bei diesem Leitbild wird eine umfassende und polyvalente berufliche Handlungskompetenz in der gemeinsamen Betrachtung von dualer Ausbildung und Studium erworben.
- Entwicklung von Konzepten und Programmen zur konsequenten Nachqualifizierung von Beschäftigten hin zu einem Berufsabschluss. In Hessen arbeiten zurzeit rund 375.000 Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung.
- Förderung von Programmen zur Unterstützung der Weiterbildung von Beschäftigten in Unternehmen. Ein Großteil der Unternehmen verfügt weder über eine aussagekräftige Erhebung des Qualifikationsstandes der Beschäftigten noch über entsprechende Qualifizierungsplanungen. Die Politik kann hier über die Entwicklung von Programmen zur Qualifizierungsplanung (z. B. umgesetzt über das RKW) konkrete Hilfestellungen leisten.
- Die Verbindung zwischen Forschung und Wissenstransfer an Hochschulen muss über praxisorientierte Transfereinrichtungen weiterentwickelt werden. Beispielhaft können hier Lernwerkstätten an Hochschulen (z. B. an der TU Darmstadt) betrachtet werden. Diese Lernorte verbinden Forschung und betriebliche Praxis und ermöglichen einen Wissenstransfer in beide Richtungen.
- In überbetrieblichen „Lernfabriken“ können Auszubildende und Beschäftigte in Weiterbildung verkettete Produktionsprozesse auf der Basis realer Industriestandards kennen- und anwenden lernen.

Arbeitnehmerrechte und Arbeitsgestaltung für die Erfordernisse von Menschen

Die neuen Technologien und Kommunikationsformen haben eine ambivalente Wirkung in der Arbeitswelt. Sie bieten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein enormes emanzipatorisches Potenzial hinsichtlich neuer Freiräume (z. B. durch vernetzte Arbeit, weitreichende Flexibilität von Arbeitszeit und -ort etc.). Gleichzeitig entsteht die Gefahr der Arbeitsverdichtung durch eine steigende Erwartung an permanente Erreichbarkeit und die zu beobachtenden digitalen Spaltungsphänomene.

Durch die zunehmende Vernetzung der Arbeitsprozesse werden sämtliche Schritte von Mensch und Maschine speicher- und kontrollierbar: „Big Data“, neue Arbeitsorganisationsformen und -gestaltungen bedürfen eines sensiblen Umgangs mit arbeitnehmerbezogenen Daten und Arbeitnehmerrechten im Arbeits- und Datenschutz. Es geht darum, klare Regeln hinsichtlich der Datenerhebung und -speicherung, des Screenings und der Weitergabe sowie der Leistungsbewertung zu finden.

Notwendig ist auch eine mitarbeiterorientierte Technik- und Innovationsförderung. Dies beinhaltet die Durchsetzung eines ganzheitlichen Innovationsbegriffs, in dem Innovationen jenseits einer rudimentären systemischen Dimension als soziale Prozesse verstanden werden. Innovationen werden von Menschen gemacht und entsprechend muss die Innovationsförderung die menschliche Dimension angemessen beinhalten.

Sozialdemokratische Arbeitspolitik im digitalen Kapitalismus sorgt dafür, dass digitales, zeit- und ortssoveränes Arbeiten („Smarter Working“) eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglicht. Wachsende Vernetzung darf nicht zu ständiger Erreichbarkeit führen, sondern flexible Arbeitsmodelle müssen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen. Wir benötigen eine breite Debatte über eine „neue Arbeitskultur“ (Ruhose) und ein neues Arbeits- und Mitbestimmungsrecht, welches an die digitale Arbeitswelt angepasst werden muss. Die neuen Formen der Organisation von Produktion dürfen nicht zu einer Revitalisierung von Debatten über den „Arbeitskraftunternehmer“ als individualisierte Form eines sich permanent selbst vermarktenden Beschäftigten führen, dessen Handeln von einem unternehmerischen Selbst kolonialisiert ist.

Neue Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung erlauben es künftig, dass Technik gerade monotone oder körperlich anspruchsvolle Aufgaben verstärkt übernehmen kann. Den Beschäftigten können dafür mehr kreative, wertschöpfende Tätigkeiten übertragen werden. Insbesondere die Teilhabe älterer oder behinderter Menschen am Arbeitsleben kann so verbessert und größere Barrierefreiheit im Berufsleben gewährleistet werden. Mit der Digitalisierung von Produktionsprozessen geht aber auch eine zunehmende Virtualisierung von Arbeitsprozessen einher. Der ständige Wechsel des Arbeitsumfeldes zwischen virtuellen und realen Werkbänken ist dabei eine besondere Herausforderung für die Beschäftigten.

Die Veränderung der Arbeitsbedingungen wird aufgrund neuer Belastungsprofile zu Anpassungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz führen. Ein Teil dieser Anpassungen wird im Bereich des Verhaltens und der kompetenten Eigensteuerung des Verhaltens (Stichwort Begrenzung/Entgrenzung/Selbstsorge) liegen. Ein anderer Teil an Veränderungen wird in der Reaktion auf neue Erkrankungsbilder liegen (z. B. Augenerkrankungen durch permanente Bildschirmarbeit).

Eine neue Arbeitskultur

Hinsichtlich der Agenda einer „neuen Arbeitskultur“ sehen wir folgende Schwerpunkte:

- Unterschiedlichste Modelle der Arbeitszeitreduzierung, Telearbeit mit eigenem Zeit- und Terminmanagement am heimischen Arbeitsort und Projektarbeit, Kernarbeitszeiten, Sabbaticals etc. schaffen heute schon den Raum für eine weitgehende Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Privatleben. Aufgrund der demografischen Entwicklung und damit einhergehender weiterer familiärer Anforderungen in der Pflege werden zukünftig zusätzliche Spielräume der Arbeitszeitflexibilisierung benötigt.
- Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. Generell gilt: Es muss um Ergebnisse und Qualität der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden.
- Die Regelungen im Arbeitsschutzgesetz, dass die Verhütung psychischer Belastung zum gesetzlich verpflichtenden Arbeitsschutz gehört, muss mit Leben gefüllt werden.
- Bei länger werdender Lebensarbeitszeit werden flexible Arbeits- und Organisationsformen benötigt, damit gesunde Arbeit über die gesamte Zeitspanne des Arbeitslebens möglich ist.

- Altersgerechtes Arbeiten beginnt nicht erst in rentennahen Jahrgängen, vielmehr muss es entlang aller Altersgruppen und aller Aufgaben, wie Arbeitsorganisation, Gesundheitsförderung, Personalentwicklung, Führung, Organisationskultur und Personalmanagement, entwickelt werden.
- Bei der Pflege muss besonders berücksichtigt werden, dass sie in ihrem Verlauf weniger vorhersehbar ist als die Kindererziehung und deshalb mehr zeitliche Flexibilität benötigt.
- Mit der zunehmenden Digitalisierung gestaltet sich die Erwerbstätigkeit immer transparenter, daher müssen wir Regeln setzen, um den „gläsernen Mitarbeiter“ zu verhindern.

Solidarität und neue Formen der Interessenvertretung

Eine humane Ausgestaltung der Arbeitswelt ist zentral für die Gewährung individueller Chancen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Missbrauch von Werksverträgen zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss ein Riegel vorgeschoben werden. Daher müssen sich die politisch Verantwortlichen an die Spitze dieser Diskussion setzen.

Wir müssen diskutieren, welche digitalen Kompetenzen für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit entscheidend sind und wie deren Vermittlung in den unterschiedlichen Phasen (Schule, Ausbildung, Weiterbildung) gelingen kann.

Die veränderten Arbeitsprozesse werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor deutlich höhere Fach- und Problemlösungsanforderungen stellen: Alles wird komplexer und anspruchsvoller. Arbeiten in der Zukunft, das bedeutet oftmals: mehr Eigenverantwortung und ein erhöhtes Maß an selbst gesteuertem Handeln, dies verlangt neue und andere kommunikative Kompetenzen und Fähigkeiten zur Selbstorganisation.

Mit der Individualisierung der Produktion bzw. der Fertigungstiefe wird auch eine Individualisierung der Beschäftigung einhergehen. Zukünftig wird sich die Frage nach neuen Formen kollektiver Solidarität und Interessenvertretung in Anbetracht von fragmentierten Belegschaften stellen. Notwendig sind geeignete Rahmenbedingungen für die mittels Digitalisierung vorangetriebene horizontale und vertikale Integration, die Optimierung der Ressourcennutzung sowie die Vernetzung und Dezentralisierung von Produktionsprozessen. Zudem müssen die bestehenden Bestimmungen zu Arbeitsschutz und Beschäftigtendatenschutz mit dem Wandel der Arbeitswelt Schritt halten (Mitbestimmung 4.o). Wir wollen „solidarity by design“: Schon die Programme bzw. die koprogrammierten Arbeitsabläufe müssen so gestaltet werden, dass sie solidarische Prozesse organisieren bzw. begünstigen.

Eine offensive Strategie zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen baut auf der betrieblichen Mitbestimmung auf, die ein wichtiger Erfolgsfaktor für die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist. Die neuen Herausforderungen der Digitalisierung bedürfen einer Neujustierung der Mitbestimmung. Diese sind insbesondere der Umgang mit arbeitnehmerbezogenen Daten, die Handhabung von Gesundheitsbelangen sowie die Planung und Umsetzung von organisatorischen Betriebsveränderungen.

Für Hessen kann dies bedeuten, dass alle Akteure von Beginn an vernetzt agieren und somit ein regelmäßiger Dialog zwischen den Sozialpartnern dieses Bereichs entsteht. Auf Bundesebene wollen wir neue Formen und Bereiche der Mitbestimmung etablieren. Dies ist ein wirksames Mittel gegen zunehmende Fragmentierung der Belegschaften und für die Sicherstellung vergleichbarer Verhältnisse für die Beschäftigten.

Die Entwicklung der Ausgliederung von Dienstleistungsbereichen im Hinblick auf die Qualität der Arbeitsplätze muss kritisch beobachtet und erforscht werden. Besonders die Lebenssituation und Arbeitsumstände der „Crowdworker“ bedürfen kritischer Begleitung und fairer Standards. Die zentrale Frage, die sich anschließt, lautet: Wie sichern wir die Finanzierung des Sozialstaats und gewährleisten soziale Absicherung für diese Menschen – gerade wenn aus Randphänomenen gesellschaftliche Trends werden?

Die Sozialdemokratie muss eine offensive Strategie verfolgen und neben dem traditionsreichen und wichtigen Bündnis mit den Gewerkschaften auch mit „solchen Gruppen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, die nicht ins Schlepptau von Parteien geraten wollen und an einer Unabhängigkeit festhalten, die für Parteiführungen durchaus unbequem sein kann“ (Colin Crouch). Das Ziel ist und bleibt, eine inklusive Arbeitswelt zu verwirklichen und in diesem Sinne allen Menschen eine Perspektive in der neuen Arbeitswelt zu bieten. Darauf sollte mit der Vernetzung von Unternehmen, insbesondere aus dem Mittelstand und den dort beschäftigten Menschen, reagiert werden, um das enorme Potenzial für neue Wertschöpfung und neue Arbeitskultur zu nutzen.

Konkret sollten Koordinierungsstellen als Anlaufpunkte und Ansprechpartner fungieren, die gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen alle relevanten Akteure zu einem intensiven Austausch zusammenführen. So werden Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele ausgetauscht und gemeinsame Kooperationsprojekte entwickelt.

Die Digitalisierung birgt sowohl für Unternehmen als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer große Entwicklungschancen. Dafür muss Politik im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Gesellschaft die skizzierten Entwicklungen der Arbeitswelt richtig gestalten. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, aktive Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten, insbesondere auch für gering Qualifizierte, im digitalen Zeitalter zu ermöglichen.

3. WIRTSCHAFT 4.0

Die wirtschaftliche Entwicklung spielt eine zentrale Rolle sowohl für den Wohlstand als auch für die demokratische Entwicklung der digitalen Gesellschaft. Aufgabe guter Wirtschaftspolitik ist es, wirtschaftliche Potenziale zu fördern und regionale Wachstumsimpulse zu setzen, an denen alle Menschen teilhaben können. Wir wollen eine Infrastruktur auf Höhe der Zeit, die den eigenen Standort stärkt, die Arbeitsplätze mit leistungsgerechten Einkommen und Löhnen schafft und die schonend und ökonomisch mit unseren natürlichen und menschlichen Ressourcen umgeht. Dafür bietet die Digitalisierung einzigartige Chancen. Sie wollen wir entschieden nutzen, um alte Wertschöpfungen zu erneuern und ein neues Wirtschaften zu befördern.

Mit der Digitalisierung ändern sich die ökonomischen Produktionsbedingungen grundlegend. Dezentrale Produktionsprozesse, die Diffusion und breite Verfügbarkeit von Wissen und Technologie, die Frage nach Urheberrecht und geistigem Eigentum, neue Dienstleistungssektoren und Produktivitätsfortschritte fordern Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik heraus. Open Access, Netzökonomie, Kreativwirtschaft und Industrie 4.0 sind Schlagwörter dieser Trends.

Im engeren Sinn ist unter digitaler Wirtschaft die Telekommunikations- und IT-Branche (IKT-Branche) mit 900.000 Beschäftigten und einer Bruttowertschöpfung von derzeit jährlich 4,7 % zu verstehen (Automobilbau 4,3 %, Maschinenbau 4,4 %). Über die mächtigen zentralen Branchenverbände hinaus wird die Förderung von Start-ups im internationalen Vergleich immer wichtiger.

Im weiteren Sinne ist die Branche eine Querschnittstechnologie mit enormen Auswirkungen auf alle anderen Branchen der deutschen Wirtschaft. Ihr werden mindestens 23 % des Produktivitätszuwachses zugeschrieben. Dabei muss in vielen Bereichen von einem erhöhten Innovationsschub und Innovationsdruck für die Wirtschaft, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, ausgegangen werden.

Die hessische Wirtschaft geht bei der Digitalisierung vorneweg. Nicht nur befindet sich in Frankfurt der größte und leistungsfähigste Internetknoten weltweit, in dessen Umfeld sich bedeutende Rechenzentren und IT-Dienstleister angesiedelt haben. So groß wie hier sind die Rechner- und Speicherkapazitäten sonst nirgends. Die gesamte Region setzt Maßstäbe.

Mit der Digitalisierung gibt es zwar gute Aussichten auf hochwertige und zukunftsfeste Arbeitsplätze in Mittelstand und Großunternehmen, im Gewerbe ebenso wie in der Produktion. Aber längst nicht alle Branchen haben den digitalen Anschluss geschafft. Und längst nicht alle Entwicklungen, die sich mit der Digitalisierung ankündigen, sind auch gut für unser künftiges Wirtschaften und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Hier gilt es genau hinzuschauen und abzuwägen. Wir müssen, aber wir können uns auch jetzt entscheiden, welche Wege unsere Wirtschaft mit der Digitalisierung einschlagen soll. Nur wenn wir unsere regionalen Partner stärken und eine gerechte Entwicklung der wirtschaftlichen Potenziale beherzigen, ist Hessen vorn bei der vierten industriellen Revolution.

Gegenwärtig vollzieht sich ein grundlegender Wandel industrieller Produktionsprozesse. Die zunehmende Vernetzung und die gestiegene Leistungsfähigkeit der digitalen Infrastruktur machen es möglich, dass Produktionsabläufe „intelligent“ werden. In der „Smart Factory“

kommunizieren Maschinen, Fördersysteme, Bauteile und Vorprodukte selbstständig über das Internet und koordinieren untereinander – ohne menschliches Eingreifen – den optimalen Produktionsprozess. An die Stelle der zentral gesteuerten Produktion in einem passiven System tritt die dezentrale Selbstorganisation der Produktionsmittel.

Die Überlegenheit dieser sogenannten Cyber-Physical-Systems resultiert vor allem aus der hohen technischen Flexibilität. Durch optimierte und ressourcenschonende Prozesse wird eine effizientere Produktion möglich. Der bisher bestehende Widerspruch zwischen großer Produktvielfalt und Produktionseffizienz löst sich auf. Produkte können jetzt auf individuelle Kundenbedürfnisse zugeschnitten werden, ohne dass die Fertigung zu höheren Kosten bzw. Zeitverlust führt. In Deutschland wurde dafür der Begriff „Industrie 4.0“ geprägt. Nach Dampfmaschine, Fließband und Automatisierung ist es nun die Digitalisierung, die alles umkrempelt. Längst sind auch andere Wirtschaftsbereiche davon erfasst. Angefangen vom Handwerk bis hin zu Logistik und Handel.

Dank einer vorausschauenden Industriepolitik der SPD in den 1990er- und 2000er-Jahren verfügt Deutschland – im Gegensatz zu anderen traditionellen Industrienationen – weiterhin über eine starke industrielle Basis mit geschlossenen Wertschöpfungsketten im eigenen Land. Wir wollen, dass dies auch bei der digitalen Migration unserer Wirtschaft so bleibt.

Das gilt für die Produktion und den Handel von Unternehmen, es gilt aber auch für das Verhältnis von Produzenten oder Dienstleistern und Konsumenten. In der digitalisierten Wirtschaft produzieren die Konsumenten nach eigenen Vorstellungen mit. Sie sind digitale Prosumenten. So können Kunden ihre Produkte stärker selbst und bequem wählen. Zudem können sich Konsumenten nun auch direkt an der Entwicklung von Produkten beteiligen. Bei angemessenen Gewinnbeteiligungen oder bei Non-Profit-Geschäften führt dies zu einer Demokratisierung der interaktiven Wertschöpfung. Produktnutzungen bzw. mögliche Gewinne werden geteilt. Wenn aber Unternehmen einzelne Innovationen und das kreative Engagement der Menschen lediglich abschöpfen, ohne für eine gerechte Beteiligung zu sorgen, droht uns eine neue Form unternehmerischer Rationalisierung, bei der Kosten und Nutzen, Risiken und Gewinne ungerecht verteilt werden.

Die Denkwerkstatt tritt dafür ein, dass alle, die zur Entstehung von Werten beitragen, an der Wertschöpfung auch fair beteiligt werden. Wo die wirtschaftliche Infrastruktur Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, wirken wir darauf hin, dass wichtige Dienstleistungen nicht durch digitale Verpflichtungen zur Selbstbedienung wegfallen. Auch im digitalen Zeitalter gilt: Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn persönliche Daten als neue Währung und die Individualisierung der Dienstleistungsbranche Assoziationen vom Überwachungskapitalismus auslösen, in dem die Machtverhältnisse von Verkäufer und Verbraucher neu betrachtet werden müssen.

Mittelstand 4.0

Die Digitalisierung verändert Wertschöpfungsprozesse in großen und mittelgroßen Unternehmen wie etwa den Maschinen- und Anlagenbauern, in Chemie und Biotechnologie. Insgesamt halten die deutschen Großunternehmen gut Schritt mit der Digitalisierung. In vielen Schlüsselbranchen der Industrie 4.0 sind deutsche Großunternehmen häufig sogar Weltmarktführer.

Von den Wachstumspotenzialen der Digitalisierung können aber auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren. Für den Erhalt und das Wachstum unserer Wirtschaft kommt den kleinen und mittleren Unternehmen, die mit einem Jahresumsatz von bis 50 Mio. EUR

99,5 % aller Unternehmen ausmachen, eine besondere Bedeutung zu. Trotzdem hat die Mehrheit der KMU in der Digitalisierung ihrer Prozesse noch einen enormen Nachholbedarf. Daher brauchen wir eine entschiedene Politik, die den eigenen Mittelstand für die digitalen Erfordernisse unterstützt.

Eine gute digitale Mittelstandspolitik bedeutet für die Denkwerkstatt, etablierte Unternehmen bei ihrer digitalen Migration zu fördern und geeignete finanzielle und infrastrukturelle Bedingungen für Neugründungen zu schaffen. Es bedeutet, dass wir durch eine konsequente Anwendung und angemessene Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens, z. B. im Kartellrecht, angemessene Wettbewerbsbedingungen wiederherstellen wollen, wo sie durch massive Monopolbildungen gefährdet sind, und dass wir den Wissens- und Technologietransfer erleichtern wollen. Eine gute digitale Mittelstandspolitik bedeutet für die Denkwerkstatt auch das uneingeschränkte Bekenntnis zu einer kleinteilig florierenden Wirtschaft mit mehr Beschäftigung und Wohlstand für alle.

Digitale Infrastruktur (auch) für ländliche Räume

Obwohl kein Zweifel am Bedarf besteht, sind die technischen Voraussetzungen der Digitalisierung dringend verbesserungsbedürftig. Bisher haben nur 58 % aller deutschen Haushalte Zugang zu einem 50-Megabit-Breitbandanschluss (ca. 80 % in Städten, 20 % auf dem Land).

Die gravierend schlechte Versorgung mit leistungsstarken Internetanschlüssen in ländlichen Regionen ist ein zentrales Hemmnis nicht nur für die Wirtschaft. Für jede Form der Teilhabe und Partizipation ist der Zugang zum schnellen, breitbandigen und leistungsfähigen Internetanschluss unverzichtbar. Aber gerade KMU in unterversorgten Regionen stehen schon heute vor existenziellen Problemen. Kein schnelles Internet heißt: Kein Cloud-Computing, kein Anschluss an die Industrie 4.0! Erforderlich sind deshalb Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität bei der Ausbauplanung. Wir streben eine gleichmäßige Versorgung mit schnellem Internet diskriminierungsfrei in Stadt und Land an. Angesichts begrenzter Ressourcen muss die Priorisierung der Ausbaustrategien durch transparente Kriterien erfolgen. Dabei präferieren wir die Technologie der Glasfaserverkabelung. Auch wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume und die Dezentralisierung von Arbeit hängen davon ab.

Es wird immer deutlicher, dass der einst von der schwarz-gelben Bundesregierung favorisierte sogenannte marktgetriebene Breitbandausbau durch die privaten Netzbetreiber die flächendeckende Versorgung nicht zeitnah sicherstellen kann. Die Ursachen sind schon lange bekannt. In den ländlichen Gebieten lohnt sich das teure Verlegen neuer Glasfaserleitungen für die Netzanbieter nicht. Es sei denn, die Breitbandnutzer leisten hohe Zuzahlungen. Das ist eine empfindliche Wettbewerbsverzerrung zulasten der KMU in ländlichen Regionen.

Die Herstellung und Sicherung des Zugangs zum Internet ist für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein zeitgemäßer, leistungsfähiger Internetzugang für alle ist eine Frage der Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Das gilt nicht nur unter dem Aspekt der gleichen Partizipationsmöglichkeiten angesichts der zunehmenden Organisation aller Lebensbereiche, gerade im ländlichen Raum und in dünner besiedelten Gebieten. Angesichts des demografischen Wandels ist die angemessene Internetversorgung ländlicher Räume eine zentrale Strukturmaßnahme. Landkreise und Kommunen sind dazu übergegangen, die Breitbandverkabelung in Eigenregie und mit eigenen Investitionen

voranzutreiben. Wir wollen, dass diese Form der kommunalen Selbsthilfe stärker durch Land und Bund unterstützt bzw. ergänzt wird, um auch finanzschwachen Kommunen und Kreisen den Ausbau zu gewährleisten. Das Verlegen von Kabeln zum Breitbandausbau muss integraler Bestandteil bei Straßeninfrastrukturmaßnahmen und der Planung von Neubaugebieten sein und in entsprechenden Verwaltungsvorschriften Niederschlag finden.

Mit dem Vorantreiben der Verkabelung allein ist es allerdings noch nicht getan. Zu einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur zählen wir auch die informationelle Vernetzung von Unternehmen unter dem gleichzeitigen Schutz ihres informationellen Eigentums. Daher wollen wir eine staatliche Moderation, die deutliche Anreize für die Bereitstellung hochsicherer lokaler Cloud-Plattformen schafft, um die horizontale und vertikale Vernetzung der mittelständischen Unternehmen, Großunternehmen und Forschungseinrichtungen zu gewährleisten.

Technologie- und Wissenstransfer

Angesichts der Dynamik der Innovationen im digitalen Sektor ist ein hoch effizienter Technologie- und Wissenstransfer unabdingbar. Die Denkwerkstatt hat bereits vor zehn Jahren Konzepte vorgelegt, wie der in Hessen und Deutschland unzureichende Transfer von Wissen und Technologie aus den Universitäten in Wirtschaft und Neugründungen verbessert werden kann. Kurz gesagt, gibt es bislang nur viele Einzelkontakte, aber keine angemessenen öffentlichen Strukturen – mit erheblichen Auswirkungen sowohl für unsere wissenschaftliche als auch die wirtschaftliche Dynamik. Kerngedanke müssen die Schaffung und Bereitstellung von Kommunikatoren und Plattformen sein, die den Kommunikationsbruch zwischen Wirtschaft, Gesetzgebung und Wissenschaft überbrücken können. Das sind vor allem Personen, die mit wissenschaftlicher Qualifikation und Wirtschaftserfahrung eine Brücke bauen können. Zudem gehören – wie zum Beispiel in den USA – die Rechte an Innovationen, an denen steuerfinanzierte öffentliche Forschung beteiligt war, in die Hände der Hochschule oder Forschungseinrichtung. In Deutschland handeln dies die Partner noch von Fall zu Fall aus. Ausgründungen und Start-ups bedürfen einer verbindlichen Unterstützung durch kompetente Geschäftsführer. Erforderlich ist deshalb eine staatliche Moderation für den Wissenstransfer, die die Klärung der Verteilung von Rechten an Innovationen gewährleistet.

Risikokapital für KMU

Eine „natürliche“ Hürde für KMU besteht darin, dass die erforderlichen (Sprung-)Investitionen eine höhere Belastung darstellen als für Großunternehmen. Die Gefahr ist, dass Modernisierungen nicht im erforderlichen Umfang und/oder zeitverzögert erfolgen. Das Angebot an Risikokapital ist im Vergleich zu den USA sehr gering.

Diese Unterversorgung an Wachstumskapital ist ein großes Manko, denn die digitalisierten Wertschöpfungsketten eröffnen vielfältige Möglichkeiten für neue Geschäftsmodelle. Gerade für IT-Start-ups besteht im Umfeld der Industrie 4.0 ein sehr guter Nährboden, denn die vernetzte Produktion wird aufgrund der Steuerung über mobile Endgeräte eine hohe Nachfrage nach individuellen Apps und Softwaretools erzeugen.

Um das Angebot an Wagniskapital zu erhöhen, sind mehrere Maßnahmen erforderlich. Die EU-Kommission hat vor Kurzem die Beihilferegeln deutlich gelockert. Das eröffnet neue Spielräume für mehr Engagement der öffentlichen Förderinstitute und Beteiligungsgesellschaften. Auch in den USA fließen im großen Umfang staatliche Mittel in den Venture-Capital-Markt, und zwar gezielt in Fonds, die in strukturschwachen Regionen investieren. Öffentliches Geld

zieht privates nach sich und kann somit einen Markt entwickeln. Daher wollen wir, dass mehr und verbesserte Beratungs- und Finanzierungsangebote öffentlicher Finanzinstitute für digitale Gründerinnen und Gründer geschaffen werden. Schließlich wollen wir neben einem Ausbau öffentlicher Finanzierung durch steuerliche Erleichterungen auch risikoreiche private Investitionen erleichtern.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Kaum ein Bereich ist so sehr von der Digitalisierung betroffen wie die Kultur und Kulturwirtschaft. Die alte Reproduzierbarkeit des Kunstwerks erfährt durch die nahezu grenzenlose Verbreitungsmöglichkeit in Echtzeit eine neue Dimension. Das Internet eröffnet große Chancen für die Teilhabe aller an Kunst und Kultur, unabhängig von Faktoren wie Wohnort, Einkommen oder Gesundheitszustand.

Zugleich hat die Digitalisierung massive Auswirkungen auf alle Phasen künstlerisch-kreativer Arbeit – von der Produktion bis zum Vertrieb. Wachsenden Möglichkeiten künstlerisch kreativer Arbeit und ihrer Verwertung stehen Herausforderungen zu Vergütung und Rechten an der Verwertung künstlerischer und kreativer Arbeit gegenüber.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wird in der Regel von der IKT-Branche getrennt betrachtet, auch wenn sie eng zusammenwirken. In der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft, einem digitalen Aushängeschild, gibt es heute bereits etwa 72.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Zählen wir Freiberufler, Unternehmer und geringfügig Beschäftigte hinzu, kommen wir auf 121.000 Menschen – ein Zuwachs um fast 13 % seit 2010. Ihr werden erhebliche weitere Wachstumsraten vorhergesagt. So kommen die digitalen Effekte vieler Hollywood-Filme aus Hessen und wurden auch schon mit einem Oscar ausgezeichnet.

Auch wenn die Kultur- und Kreativwirtschaft boomt, tragen Digitalisierungseffekte in den elf Branchen der Kreativwirtschaft (insbesondere Musik, Design, Fotografie, Presse/Journalismus, TV/Film, Games) bisher keinesfalls zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden bei: Obwohl auch Aspekte wie demografischer und Kaufkraftwandel noch betrachtet werden müssen, ist bereits festzustellen, dass das weitverbreitete illegale Kopieren immaterieller Wirtschaftsgüter eine große Herausforderung darstellt. Hierdurch sind ganze Geschäftsmodelle unrentabel geworden. Der Buchmarkt zeigt bereits heute exemplarisch, welche Konsequenzen die Konzentrationsprozesse im digitalen Handel mit sich bringen. Potenziell ausgedünnte und verkürzte Wertschöpfungsketten von der Idee bis zur Auslieferung stellen Wettbewerbsregeln vor ganz neue Herausforderungen. So hat insbesondere die Tonträgerindustrie in den letzten 13 Jahren 60 % ihrer Umsätze eingebüßt.

Insgesamt ist die Kreativwirtschaft von hohen Risiken für die kreativ Arbeitenden, schlechter Bezahlung und der Auslagerung auf (Schein-)Selbstständige und Subunternehmer geprägt. Statt fester Anstellungen lässt sich eine Tendenz zu erzwungenen Teilzeit- und befristeten Verträgen ebenso feststellen wie prekäre Solo-Selbstständigkeiten, die keine soziale Absicherung erfahren. Insbesondere im Bereich der Musikproduzierenden findet ein „Verramschen“ der Rechte, z. B. bei Faltrate-Anbietern wie Spotify, zum Nachteil der Kreativen statt. So hat eine Machtverschiebung weg von den UrheberInnen hin zu den Rechteinhabenden stattgefunden. Zugleich sorgt dieses neue Geschäftsmodell dafür, dass Nutzerinnen und Nutzer von Kreativprodukten zwar von sinkenden Preisen profitieren, jedoch mit personenbezogenen Daten indirekt bezahlen. Dies geschieht hier zum zusätzlichen Nachteil der (Musik-)Produzierenden, da diese nur am direkten Verkauf der Rechte, nicht jedoch am weiteren Handel mit Nutzerdaten beteiligt sind. Die niedrigen Kosten für Endkunden werden also durch prekäre

Beschäftigungen und das Sammeln von Kundendaten erreicht, die teils nur aufgrund sozialer Grundsicherung der Kreativen möglich sind, sodass die großen Onlineplattformen auch noch von einer staatlichen Quersubventionierung profitieren.

Daher wollen wir deutsche und europäische Initiativen bei der Gründung eigener Vertriebsplattformen sowie der weiteren Entwicklung eigener Märkte unterstützen. Außerdem wollen wir dort, wo die Verwertung von Inhalten zum normalen Erwerbsleben von Kreativen gehört, ein Verbot der „freien“ Verwertung im vermeintlichen Dienste der Wissensfreiheit erreichen. Hier, und nur hier, wollen wir eine konsequente Stützung des Urheberrechts. Wir wollen eine angemessene Vergütung von Kreativen und den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung. Dazu wollen wir auch Interessenvertretungen der lange unorganisierten Kreativen politisch unterstützen. Nur so können Musikschaaffende etwa bei aufwendigen und kostenintensiven Lizenzabrechnungen gegenüber Spotify, Universal, Sony & Co. auch jenseits des Atlantiks ihre Rechte effektiv wahren.

Transnationale Monopole, Dezentralität und Wirtschaftsdemokratie

Wirtschaftliche Entwicklungen finden im digitalen Zeitalter in ungekannten Geschwindigkeiten und mit exponentiellen Beschleunigungen statt, ohne dass eine entsprechende Moderation und Regulierung zugunsten eines fairen Wettbewerbs gegenwärtig stattfinden. Die Beschleunigung erzeugt insbesondere neue Markt- und Machtkonzentrationen in Kartellstrukturen, die bislang undenkbar waren. Diese wirtschaftlichen Veränderungen stellen die Machtfrage neu. Die Debatte um das Verhältnis von wirtschaftlicher zu demokratisch-politischer Macht und Gestaltungsmöglichkeit gewinnt an Bedeutung und muss an Geschwindigkeit gewinnen.

Gerade in der zunehmenden Verlagerung vom stationären Handel zum Onlinehandel und in den daraus entstehenden Konsequenzen besteht die derzeit größte Herausforderung für den Einzelhandel und für viele Wirtschaftsbereiche darüber hinaus. Durch Anbieteralleinstellung entstehen nicht nur Handels- oder Dienstleistungsmonopole. Unternehmen streben an, die ganze Wertschöpfungskette von der Idee bis zum Endverbraucher in eine Hand zu bekommen. Es entsteht ein ungekannter Druck nicht nur auf den Einzelhandel, sondern auch auf Produzenten und Entwickler. Und statt Personal- und Ladenvorhaltekosten werden Händlermargen für Frei-Haus-Lieferungen von Einzelobjekten aufgewendet, was auch unter ökologischen Aspekten einen Irrweg darstellt.

Um den deutschen Einzelhandel für die Digitalisierung starkzumachen, brauchen wir eine doppelte Strategie der Wettbewerbsregulierung und Gleichbehandlung einerseits sowie der gezielten Förderung eigener Märkte andererseits:

- Während die stationären Einzelhändler hinsichtlich der Bezahlung ihrer Mitarbeiter und der Vertragsgestaltung an Tarifverträge gebunden sind, haben Unternehmen wie Amazon keine gleichwertigen Verpflichtungen. Somit profitieren sie von deutlich niedrigeren Personalkosten. Wir wollen, dass die Flächentarifverträge auch hier verbindlich gelten.
- Während der Einzelhandel seine Steuern an den deutschen Fiskus bezahlt, hat Amazon seine Gewinne aus Deutschland stets in Luxemburg versteuert. Erst auf massiven Druck der EU zahlt Amazon nun seit 01. Mai 2015 Steuern an den deutschen Staat. Wir wollen, dass grundsätzlich dort, wo das Geschäft mit dem digitalen Endverbraucher gemacht wird, auch die Besteuerung erfolgt.

- Zudem wollen wir, dass alle kartellrechtlichen Maßnahmen in Deutschland und Europa ausgeschöpft werden, um Tendenzen zu natürlichen Monopolen zu verhindern.
- Dort, wo Unternehmen Angebote machen, die als Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden müssen, wie beispielsweise im Handel mit Information gegen persönliche Daten (Suchmaschinen), muss geprüft werden, welche Regelungen geeignet sind, um der quasiöffentlichen Rolle in einer der staatlichen Aufgabenerfüllung vergleichbaren Regulierung gerecht zu werden.

Neben der Regulierung bietet die Demokratisierung durch Dezentralisierung eine Möglichkeit, der ausufernden Vermachtung in einzelnen Branchen zu begegnen. Analog zum bekannten Konzept der hessischen SPD, die Energieerzeugung so zu dezentralisieren, dass Konzernmonopole eingehegt werden und die Wertschöpfung stärker regional und aus regenerativen Energiequellen erfolgt, können wir auch starken Monopolbildungen in der digitalen Wirtschaft entgegenwirken.

Daher bietet die Digitalisierung nicht nur Risiken, sondern Chancen für die lokale Wirtschaft bis hin zum Einzelhandel. Wir wollen lokale Internetmarktplätze im engen und vertrauensvollen Kontakt mit den Einzelhändlern öffentlich fördern. Wir wollen lokale Dienstleister dabei unterstützen, ihre Dienste auch verstärkt online anzubieten. Und umgekehrt lokale Anbieter digitaler Produkte für lokale Projekte fördern – den Bedarfsprogrammierer um die Ecke.

Wir wollen aber auch die Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erheblich ausbauen. Alle Bereiche der lokalen Wirtschaftsförderung vom Parkplatzangebot und ÖPNV-Status als Echtzeitinformation über lokale und kommunale Energiesteuerung für optimale Energieeffizienz und Energieeinsparung bis zum intelligenten Stadtmarketing können zur Dezentralisierung beitragen. So können mithilfe von Standortdaten Touristen per App durch die Stadt geführt und auf interessante Angebote hingewiesen werden.

Die Allmendewirtschaft (neudeutsch „Sharing-Economy“) und genossenschaftliche Eigentums- und Betriebsmodelle, also das formelle oder informelle Teilen und gemeinschaftliche Nutzen von Gebrauchsgegenständen, Boden und Infrastruktur, haben eine lange Tradition in Gemeinwesen, Gemeinden, Familien und Nachbarschaften. Im überregionalen oder globalen Maßstab haben sogenannten Sharing-Modelle wie das Pseudotaxiunternehmen Uber oder private Übernachtungsvermittler als kommerzielle Plattformen erhebliche Folgewirkungen von hohem Druck auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen traditioneller Anbieter. Dagegen bieten digitale Verfahren die Möglichkeit, lokale Modelle des lokalen Teilens in gemeinschaftlichem Eigentum zeitgemäß weiterzuentwickeln und neu zu entdecken, wie z. B. bei zeitgemäßen Carsharing-Modellen. Diese Formen dezentralen, am Gemeinwesen orientierten Wirtschaftens wollen wir fördern, z. B. durch lokale Tauschplattformen für Wissen, Gegenstände, Dienstleistungen und ehrenamtliches Engagement.

4. DIGITALE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR HOCHSCHULE

Nicht selten wird die Wirkung des Internets mit dem Einfluss der Erfindung und Verbreitung des maschinenbetriebenen Buchdrucks verglichen. Mit ihm ist es seit der europäischen Renaissance möglich, Informationen zuverlässig und in beliebigen Auflagen zu reproduzieren. Menschliche Arbeitskraft wurde dazu in weit geringerem Maße benötigt als zuvor. Druckereien lösten die alten Schreibwerkstätten ab. Fortan konnten Texte fast überall, kostengünstig und rasch erworben werden.

Aber wie schon beim Buchdruck führt auch beim Internet die einfachere Verfügbarkeit von Wissen nicht selbstverständlich zu einer Zunahme von Bildung. Bildungsarmut findet im digitalen Zeitalter seine Ursachen weiterhin im sozialen Umfeld der Betroffenen und deren ungleichen Bildungschancen.

Zugleich lässt sich aufgrund der digitalen Einflussnahme jedoch auch keine Abnahme von Bildung feststellen. Das Internet macht sicher nicht dumm. So widersprechen die steigenden Verkaufszahlen von Büchern der kulturpessimistischen Einschätzung, dass durch die Nutzung digitaler Medien weniger Literatur gelesen würde. Was sich dagegen feststellen lässt, ist eine verstärkende Wirkung des Internets auf die ungleiche Verteilung von Chancen insbesondere für Kinder und Jugendliche: Es fördert ohnehin schon bildungsaffine Nutzerinnen und Nutzer in der Aneignung von Wissen und Fähigkeiten und es kann bildungsaverse in ihrer individuellen Entfaltung weiter hemmen.

Wir wollen, dass Medienbildung ausdrücklich den verstärkenden Effekt der Digitalisierung in Dienst stellt, um ihr emanzipatorisches Potenzial auszuschöpfen statt neue Benachteiligungen hervorzubringen. Bildung und Ausbildung entscheiden im Informationszeitalter mehr denn je über konkrete Lebensperspektiven; ob alle die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, ob die Einzelnen ihre individuellen Lebensentwürfe verwirklichen und ob sie eigenständig und mündig am politischen und kulturellen Leben teilhaben können. Für unsere Bildungseinrichtungen bedeutet die Einschätzung eines solchen verstärkenden Effekts digitaler Medien, dass wir pädagogische Formen des Lernens und Lehrens brauchen, die sich mit den digitalen Möglichkeiten weiterentwickeln. Das betrifft alle unsere Bildungseinrichtungen. Mit Nachdruck spricht sich die Denkwerkstatt für eine umfassende Strategie der gezielten Medienbildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule aus. Wir sind auch im digitalen Zeitalter die Partei der Bildungsgerechtigkeit. Darauf wollen wir Antworten geben, die alle Bildungsbereiche berücksichtigen und die Herausforderung einer guten digitalen Bildung annehmen.

Was verstehen wir unter digitaler Bildung?

Wissen, sein Erwerb und der Umgang mit Veränderungen werden zu zentralen Qualifikationen in der digitalisierten Gesellschaft. Dabei spielen nicht nur kognitive Kompetenzen eine zentrale Rolle, sondern auch soziale, emotionale und kulturelle Normen. Entsprechende Lernvorgänge und der Erfahrungserwerb werden durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche substanziell verändert.

Dabei kommt der Fähigkeit, Informationen zu filtern, kritisch zu bewerten und zu strukturieren, eine entscheidende Rolle zu. So wächst mit fortschreitender Digitalisierung die Kluft zwischen denen, die digitale Medien und Angebote kompetent nutzen können, und anderen, die noch keinen Zugang zum Netz haben oder die diese Techniken nicht ausreichend beherrschen. Dazu zählt neben handwerklichem Vermögen auch der Umgang mit den Herausforderungen der digitalen Kommunikation: Einerseits muss ein Überfluss an Informationszugang gehandhabt werden, andererseits erfordert die Weitergabe persönlicher Informationen die Fähigkeit, Risiken und Möglichkeiten einzuschätzen.

Wir wollen auch auf die neue gesellschaftliche Lage der „digitalen Revolution“ mit guter Bildung und Erziehung antworten. Digitale Bildung besteht für uns in drei Aufgabenfeldern, die gleichermaßen wichtig sind: a) der (passiven) Kompetenz, Neue Medien zu bedienen, b) der (aktiven) Kompetenz, Neue Medien zu gestalten und digitale Produkte hervorzubringen, und c) ein eigenständiges, kritisches Verhältnis zu den Neuen Medien zu ermöglichen.

Damit Medienbildung gelingt, muss sie die digitale Spaltung überwinden, die unserer Gesellschaft aktuell droht. Was verstehen wir unter „digitaler Spaltung“? Die digitale Spaltung unserer Gesellschaft tritt teils als einfache Generationendifferenz, teils als soziale Differenz hervor: den „Digital Residents“, denen paralleles Denken und Multitasking ebenso wie der multimediale Zugang bereits selbstverständlich sind, stehen die noch ohne Internet sozialisierten „Digital Visitors“ gegenüber, die sich mit sequenziellem Denken, Singletasking und medial begrenzten Zugängen beschreiben lassen. An der Wirklichkeit der Digital Residents wird besonders deutlich, was im Grunde alle Menschen schon längst betrifft: Unsere Welt lässt sich nicht mehr in „virtuell“ und „real“ auftrennen. Wo Menschen keinen Umgang mit der digitalen Durchdringung unserer Welt finden, droht uns die digitale Spaltung der Gesellschaft und mit ihr eine neue Dimension sozialer Ungerechtigkeit: Vorderhand gehört allein den Digital Residents die Zukunft, denn Fähigkeiten und Kompetenzen, Neue Medien zu bedienen, entscheiden etwa über die Chance, auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Daher benötigen wir einerseits einen Ausbau der technischen Infrastrukturen. Damit jeder und jede an der digitalen Revolution teilhaben kann, müssen die technischen Mittel unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, sozialer oder kultureller Herkunft bereitstehen. Die Denkwerkstatt will einen Rechtsanspruch auf Zugang und Verfügung über wesentliche digitale Mittel. Zudem brauchen wir auch mehr frei zugängliche Nutzungsbedingungen in öffentlichen Einrichtungen. Schon bei der Planung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere für Kitas, Schulen und Hochschulen, wollen wir eine digitale Architektur.

Andererseits ist Teilhabe nur möglich aufgrund der lebenslangen Vermittlung und Aneignung von Medienkompetenz. Zu den unverzichtbaren Grundelementen von Medienkunde gehört die eingehende Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Mediengestaltung und -produktion. Wir wollen, dass bereits in Kindertagesstätten der Umgang mit digitalen Medien mit dem Ziel geübt wird, Medieninhalte nicht nur zu konsumieren, sondern die interaktiven Möglichkeiten der Neuen Medien auch frühzeitig zur eigenständigen Gestaltung zu nutzen. Dazu müssen unsere Bildungsverantwortlichen geschult werden. Den Erwerb medienpädagogischer Kompetenzen wollen wir zum festen Angebot von Ausbildung, Studium, Vorbereitungsdienst, Berufseinstiegsphase, Fort- und Weiterbildung in den pädagogischen Berufen machen.

Die digitale Spaltung entscheidet letztlich nicht allein über konkrete Zukunfts- und Aufstiegschancen, sie bestimmt auch Maß und Möglichkeiten der Mündigkeit im digitalen Zeitalter. Eine zentrale Leistung der noch analog sozialisierten „Visitors“ für die „Residents“ ist daher die Weitergabe des Wissens darum, dass auch digitale Kompetenzen begrenzt sind. Mit digitalen Kompetenzen können wir auf Rechner zurückgreifen, die eine durch Algorithmen formatierte Wirklichkeit erschaffen. Aber unsere Welt bleibt immer mehr als nur ihre Algorithmen. Auch wenn alles digital erfasst ist, können wir nicht alles durch digitale Mittel hervorbringen. Die Welt, unsere gesellschaftlichen Beziehungen und auch die Natur bleiben in diesem Sinne unberechenbar.

Daher wollen wir auch für spätere Generationen das Wissen kultivieren, dass wir über unsere Welt nicht willkürlich digital verfügen können. Denn nur mit diesem Wissen können wir urteilen, welche digitalen Medien wir weiterentwickeln wollen und welche nicht. Weit weniger im

Blick der aktuellen Debatten um den Erwerb von Medienkompetenz ist, dass zur geeigneten und umfänglichen Medienkompetenz auch die Fähigkeit und Bereitschaft der Medienkritik gehören: Sie macht die angeeigneten Kompetenzen nochmals zum Gegenstand einer kritischen Reflexion.

Für die Denkwerkstatt ist Medienkritik als pädagogische Herausforderung unerlässlich. Das Wissen um die Grenzen digitaler Machbarkeit zählt für uns zu guter Bildung. Medienkritik ermöglicht den selbstbestimmten Umgang mit einer Welt, die durch und durch von digitalen Medien bestimmt ist. Nur so können die Menschen an öffentlichen Debatten teilhaben und im alltäglichen Gebrauch darüber frei entscheiden, welche digitalen Medien sie nutzen oder gestalten wollen.

Erst in der Bewältigung der dreifachen Aufgabe von „Digitaler Bildung“ als Mediennutzung, eigenständiger Medienproduktion und Medienkritik sehen wir eine gerechte Perspektive, wie unsere Kitas, Schulen, Berufs- und Hochschulen zukunftsgerichtete Lehrangebote präsentieren können. Daher tritt die Denkwerkstatt dafür ein, dass neben dem wichtigen Zugang zum Netz jene Einrichtungen und Tätigkeiten zur öffentlichen Daseinsvorsorge gezählt werden, die diese unverzichtbare Medienbildung leisten.

Welche Bildung braucht die digitale Gesellschaft?

Auch im digitalen Zeitalter ist das Fernsehen noch immer das beliebteste Medium von Kindern. Später kommt der regelmäßige Gebrauch Neuer Medien hinzu, die zunächst als kommunikativer Resonanzboden von Fernsehtrends dienen. Aber nicht nur das Internet ist vom Rundfunk abhängig, auch folgen Radio und Fernsehen Stimmungen und Zustimmungen der jungen Userinnen und User. Das Fernsehen reagiert auf Trends, die im digitalen Raum gesetzt werden.

Bei Jugendlichen ist der Gebrauch digitaler Medien sogar die beliebteste Freizeitaktivität überhaupt. In den sozialen Netzen, auf Blogs und in Videos tauschen sich Kinder und Jugendliche über das Erlebte aus, eifern Vorbildern nach und schaffen auch ganz eigene Kulturen. Das Internet ist heute längst sinnstiftendes Element im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Daran wird deutlich, wie wichtig neben der lange bekannten Rolle des Fernsehens das Internet für die Vermittlung von Werten, Normen und Einstellungen für Kinder und Jugendliche ist. Die alten Konzepte zur Medienbildung in der analogen Welt sind nicht überholt, aber sie müssen an die wirkliche Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen angepasst werden.

Kinder und Jugendliche erwerben in der Peer-Welt digitale Kompetenzen. Dennoch ist weder in der allgemeine Wahrnehmung noch in unseren Bildungsbetrieben die Bereitschaft vorhanden, diese digitalen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen anzuerkennen. Kinder und Jugendliche sind meist auf sich allein gestellt, wenn sie die Nutzung Neuer Medien erlernen und digitalen Trends Aufmerksamkeit schenken.

Für die Consumerindustrie ist dies zum lohnenden Geschäftsfeld geworden mit Folgen etwa für die Berufsvorstellungen von Jüngeren. Nicht mehr Handwerker, Lehrerin, Krankenpfleger oder Wissenschaftlerin gelten als gute Berufe. Heute wollen Jugendliche lieber Popstar, Sportstar oder eine andere Form von Star werden.

Nicht zuletzt bewirkt diese neue digitale Aufmerksamkeitsökonomie, in der jede und jeder berühmt sein und seine Persönlichkeit öffentlich ausstellen kann und will, dass der Schutz eigener Daten in Kinder- und Jugendkulturen nur eine geringe Rolle spielt. Hinzu kommt, dass Mobbing und Bloßstellungen im Netz unter Gleichaltrigen ebenso bedrohlich für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind wie der leichtfertige Umgang mit eigenen Daten. Dagegen müssen sich Kinder und Jugendliche mit Mut und Kreativität wehren lernen.

Hier müssen wir bereits für die Früherziehung eine gute pädagogische Praxis formulieren. Vorschulische Medienerziehung soll Kinder dabei begleiten und darauf vorbereiten, mit dem Internet und insbesondere den sozialen Medien einen selbstbestimmten Umgang zu üben. Dafür will die Denkwerkstatt, dass wir bestehende pädagogische Konzepte unter Zuhilfenahme medienpädagogischer Institute an die neuen Erfordernisse anpassen. Entsprechende Weiter- und Fortbildungen sind bei der kommunalen Finanzausstattung von Kindertagesstätten, aber auch Jugendeinrichtungen und der Schulsozialarbeit zu berücksichtigen. Außerdem wollen wir, dass bei der Erneuerung des Jugendmedienschutzstaatsvertrags, der aktuell noch von 2003 stammt, neben dem Schutz vor gewaltverherrlichenden und pornografischen Inhalten auch der besondere Schutz personenbezogener Daten von Kindern und Jugendlichen und die zunehmende Bedeutung der digitalen Medien für das soziale Beziehungsgefüge aufgenommen werden.

Schule, Berufsschule und Hochschule

Digitale Bildung ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Schulfächer betrifft. Die Denkwerkstatt lehnt daher Initiativen ab, die Medienpädagogik auf einen Informatikunterricht begrenzen wollen. Der eigenständige Charakter des Informatikunterrichts als Fach der techniksensiblen Bildung soll erhalten bleiben. Medienpädagogik dagegen gehört zum ABC von künftigen Lehrkräften. Für die Lehrerbildung an den Universitäten bedeutet das, dass die Fachdidaktikausbildung der ersten und zweiten Phase entsprechend reformiert werden muss. Um Mobbing und Bloßstellungen im Netz vorzubeugen oder im Notfall einzugreifen, soll an jeder Schule einen Medienschutzbeauftragter eingesetzt sowie die bessere Einbindung von Elternarbeit durchgesetzt werden.

Nicht jeden Hype müssen Schulen allerdings mitmachen. Bildungsinstitutionen sind auch Schonräume. Die Denkwerkstatt begrüßt daher, dass die Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg die Nutzung bestimmter sozialer Netze wie Facebook im Schulunterricht untersagt haben. Sachverhalte erscheinen darin gegenüber der komplexeren Wirklichkeit vereinfachend, aber auch das Kommunikationsverhalten von Schülerinnen und Schülern wird auf einseitige Bewertungen reduziert. Gute analoge und digitale Bildung fördert dagegen eine differenzierte Betrachtungsweise. Wir wollen nicht, dass Neue Medien analoges Lernen und Lehren ersetzen, sondern sie dort ergänzen, wo digitale Bildung einen emanzipatorischen Mehrwert für unsere Kinder und Jugendlichen leistet.

Für die betriebliche Aus- und Weiterbildung sowie für Hochschulen wollen wir eine Reform der digitalen Didaktik unterstützen. Bisher werden staatlicherseits insbesondere Forschungsvorhaben neuer Technologien gefördert, auf Neue Medien gestützte Didaktik und deren Begleitforschung kommen jedoch zu kurz. Dabei bieten die digitale betriebliche Lehre und Hochschullehre des Inverted Learnings in bestimmten Bereichen erhebliche Vorteile gegenüber der alten Präsenzlehre. Für die Vermittlung und Erschließung grundlegender Inhalte (Glossare, Kompendien, standardisierte Einführungen etc.) sind Lernmodelle, in denen digitales Lernen zu Hause mit der Präsenzlehre kombiniert werden, vielversprechend. Durch den interaktiven Umgang mit den Lehrmaterialien erhalten Übungen und das Eins-zu-eins-Verhältnis von Studierenden und Lehrenden ein größeres Gewicht. Lernen wird orts- und zeitunabhängiger und kann an individuelle Bedürfnisse stärker angepasst werden. Die Vorzüge für Studierende, die sich zeitweise im Ausland aufhalten, im Fall von Schwangerschaften, aber auch bei Krankheit liegen auf der Hand.

Die Denkwerkstatt will die Chancen einer individualisierten Didaktik im digitalen Zeitalter, die sich stärker an den Lebensrealitäten von Auszubildenden und Studierenden orientiert, entschieden nutzen. Daher wollen wir, dass die Berechnungsgrundlagen von Lehrdeputaten

endlich an die Durchführung von Onlinekursen angepasst werden. So können wir das medienpädagogische Engagement von Dozierenden anerkennen. Wir wollen die Hörsaalarchitektur dem Smart Working anpassen, sodass die Präsenzphasen einzeln oder in der Gruppe eine viel größere Berücksichtigung in der Lehre finden. Außerdem wollen wir uns weiter mit den Bildungspartnern darüber verständigen, wie wir digitales Lehren und Lernen an den Hochschulen und für das betriebliche Lernen nachhaltig fördern können.

5. ENTWICKLUNG VON MEDIEN, POLITISCHER KOMMUNIKATION UND INFORMATION IN DER DIGITALISIERUNG

Politische Willensbildung und demokratische Legitimierung von politischen Entscheidungen weiten sich aus, weit über die etablierten Medien, Parteien und Organisationen hinaus. Parlamentarische Verfahren und politische Mandatsträger stehen wie nie zuvor im Blick einer wachen und meinungsstarken Öffentlichkeit. Das ist zunächst eine gute Entwicklung. Aber noch bleibt die digitale Öffentlichkeit weit unter ihren Möglichkeiten.

Durch die neuen technologischen Möglichkeiten verändert sich die Rolle der medialen Vermittler. Informationen stehen zunehmend direkt zur Verfügung, und auch die Veröffentlichung der eigenen Meinung ist auf Plattformen unmittelbar möglich. Damit bieten die neuen Technologien demokratische Chancen, wenn es gelingt, Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, diese Möglichkeiten kompetent zu nutzen.

Allerdings besteht die Gefahr einer verschärften Desorganisation von Öffentlichkeit in digitale Teilöffentlichkeiten. Durch die Unterminierung massenmedialer Strukturen (Zeitung, Rundfunk etc.) fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente und Verfahren, die die dezentralisierten Botschaften wieder in einen Gesamtzusammenhang stellen und einen allgemeinen Austausch ermöglichen.

In dieser unübersichtlichen Lage nehmen Monopolbildungen aufseiten von Medienanbietern zu, die insbesondere privatwirtschaftliche und andere (politische) Lobbyinteressen verfolgen, um öffentliche Meinung zu produzieren. So führen digitale Informationsvorfilterungen durch Suchalgorithmen wie bei Google zu intransparenten Vorselektionen und zirkulärer Informationsauswahl.

Die hohe Kommunikations- und Verbreitungsgeschwindigkeit digitaler Information kann verstärkt zu einem Verlust an inhaltlicher Differenzierung, Recherchemöglichkeiten und Qualität sowie einer zunehmenden Einheitlichkeit der Berichterstattung führen, die selbst Pluralität vermindert und verhindert.

Zeitgleich sind immer mehr Menschen in der Lage, sich über ihre Partikularinteressen zu informieren und konstruktiv auszutauschen. Denn die digitale Öffentlichkeit bietet auch große Chancen: Unsere Gesellschaft gewöhnt sich immer mehr daran, auf ganz verschiedenen Diskursplätzen Öffentlichkeit herzustellen (Blogs, Twitter, elektronische Zeitungen), die durch ihre niedrige Kostenstruktur und ihre horizontale Vernetzung mit Diskursteilnehmern (Endnutzern und anderen Plattformen) die Grundlage für den Eintritt von nichtökonomisch motivierten Akteuren bildet. Nicht zuletzt treten so auch neue Formen von Kritik auf den Plan (bspw. Aktionsgruppen, Bürgerbewegungen und Kommunikationsguerilla).

Diese erheblichen Veränderungen stellen Anforderungen an die Gewährleistung gesellschaftlicher Orientierung und an die gleichberechtigte Teilhabe am Diskurs. Verantwortung dafür tragen künftig nicht nur Medienhäuser und Redaktionen, sondern auch die Betreiber technischer Infrastrukturen, Plattformen und Intermediäre.

Deshalb ist gerade angesichts der Fülle und Unübersichtlichkeit des digitalen Angebots die freie, unabhängige und professionelle journalistische Beobachtung und Berichterstattung, die die Informationen selektiert und überprüft, in den Kontext setzt und Zusammenhänge herstellt, einordnet und bewertet, unverzichtbar, weil letztlich nur so eine angemessene demokratische Meinungsbildung möglich ist.

Dennoch beobachten wir eine schwindende Akzeptanz journalistischer Berichterstattung und eine sinkende Bereitschaft, dafür z. B. in Form von Zeitungsabonnements zu bezahlen. Damit journalistisch-redaktionelle Angebote auch in Zukunft einen relevanten Beitrag zu unserer Öffentlichkeit leisten können, müssen neue Finanzierungsmodelle entwickelt und der entsprechende rechtliche Rahmen gestaltet werden:

Medienpolitik muss daher Instrumente entwickeln, um journalistisch-redaktionelle Angebote angemessen zu schützen. In dieser Lage kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wachsende Aufgabe zu als einem Medium, das nicht primär unter ökonomischem Druck entsteht, sondern auf einem öffentlich-rechtlichen, mithin gesellschaftlich bestimmten Auftrag beruht. Dazu gehört einerseits, eine qualitative Orientierung im Medienangebot zu geben sowie mit fairen Vertragsbedingungen für Produzentinnen und Produzenten Maßstäbe zu setzen. Andererseits gehört zur gesellschaftlichen Verantwortung, die Bedingungen für eine gute journalistische Ausbildung zu garantieren.

Grundsätzlich geht es darum, mehr Demokratie in dem Sinne zu wagen, dass staatliche und privatwirtschaftliche (Monopol-)Strukturen zugunsten öffentlicher Selbstorganisation und Teilhabe zurückgenommen werden. Die Einschränkung administrativer und ökonomischer Handlungsregulierung geht einher mit der Förderung von Kultur, horizontaler Wissensentwicklung und Verstärkung öffentlicher Debatten in allen Politikbereichen zu deren demokratischer Teilhabe.

Partizipation fängt früh an

Medienpädagogik mit dem Ziel der Medienkompetenzvermittlung ist bisher aber nur in wenigen Bereichen des Bildungswesens dauerhaft und nachhaltig institutionalisiert. Besonderes Augenmerk ist in diesem Zusammenhang auf die Förderung von medienpädagogischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu richten, die häufig weitgehend ungefiltert medialen Aufmerksamkeitsforderungen ausgesetzt sind.

Hierbei ist es zunehmend wichtig, Eltern bei ihrer erzieherischen Aufgabe zu unterstützen, stellt doch das Medienlernen und Medienerleben in den ersten Lebensjahren eine besondere Herausforderung für alle Eltern und Erzieher dar. Wir wollen daher schon für die vorschulischen pädagogischen Einrichtungen, dass sie sich der Vermittlung von Medienkompetenz stärker annehmen, damit Kinder sich schon früh in einem selbstbestimmten Umgang mit Neuen Medien üben können.

Der kommunikative Aspekt einer medienpädagogischen Arbeit verändert sich zunehmend zum sozialen Lernen mit dem Ziel, nicht nur funktionalen Kriterien zu genügen, sondern partizipativ und selbstbestimmt handeln zu können. Digitale Selbstbestimmung ist mit der beginnenden Bildungsära das neue Ziel.

Die Entwicklung der Medien bringt gleichermaßen neue Herausforderungen und neue Chancen. Noch nie war es so einfach, sich umfassend zu informieren, noch nie war es so einfach, weltweit zu kommunizieren, noch nie war es aber auch so einfach, seine Privatsphäre zu verlieren, zu einem gläsernen Objekt zu werden. Gerade deshalb muss Medienpädagogik als Teil des präventiven Jugendmedienschutzes aufgewertet werden.

Ein in dieser Weise profilierter erzieherischer Kinder- und Jugendmedienschutz, der das Ziel hat, durch Vermittlung von medialer und digitaler Kompetenz präventiv zu wirken, ist eine der künftig zentralen Aufgaben, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich in der digitalen Welt sicher und selbstbestimmt bewegen können.

Teilhabe am öffentlichen und politischen Diskurs

Das Internet, Chaträume und Informationsplattformen, die sozialen Netzwerke und andere Formen der privat organisierten Information haben die Gesellschaft verändert. Eine neue Form von Massenkommunikation auf unterschiedlichsten Ebenen hat sich etabliert. Ob politische oder unpolitische Aktivitäten: die letzte Party an der Uni oder die Positionierung zu einem politischen Ereignis, wie die Demonstrationen rund um den Taksim-Platz in Istanbul und auf dem Majdan in der Ukraine, oder auch die Mitwirkung an der politischen Willensbildung über Beteiligungstools. Teilhabe ist neben der technischen Frage vor allem eine politische. Wir müssen feststellen, dass gerade nichtdemokratische Regierungen soziale Netzwerke verbieten und damit die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird. Teilhabe über Neue Medien kann so überlebenswichtig sein.

Zugleich stellen wir für Deutschland häufig fest, dass politische Teilhabe und Willensbildung nur noch kleine Teile der Bevölkerung erreichen. In den aufblühenden Beteiligungsverfahren, die landauf, landab insbesondere in den Kommunen implementiert werden, haben sich zwar kleine Beteiligungsgemeinden herausgebildet, in denen sich meist besser gebildete mit größeren zeitlichen Reserven engagieren.

Wir wollen aber auch eine Beteiligung derjenigen erreichen, die im vermeintlich intellektuellen Beteiligungsdiskurs keine Stimme haben, die dafür weniger Zeit aufwenden können und deren Lebenswelt so geprägt ist, dass Partizipation an gesellschaftlichen Diskursen für sie weit hinten steht. Die Digitalisierung der Gesellschaft bietet hier genau für diese Gruppe riesige Chancen. Dazu ist aber zuallererst notwendig, dass die Zugänge zu den Netzstrukturen sichergestellt werden:

Daher wollen wir öffentlich zugängliche Digitalstationen, die für jedermann und jede Frau erreichbar und schwellenarm praktikierbar sind. Informationen über gesellschaftliche Prozesse, über Beteiligungsverfahren und Themen müssen dabei so aufbereitet sein, dass sich die Nutzerinnen und Nutzer nicht durch unendliche Seiten von Materialien durchklicken müssen.

Wir wollen durch mehr Transparenz die Demokratie stärken, denn mehr Partizipation setzt Transparenz und leichteren Zugang zu Informationsquellen voraus. Durch einen Ausbau des Informationsfreiheitsrechts zu einem Transparenzgesetz sollen die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der Gesellschaft gefördert und die Möglichkeit der Kontrolle staatlichen Handelns durch die Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Wir wollen die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen erhöhen und Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe fördern.

Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit Netzanbietern freie Infokanäle und digitale Dorfplätze schaffen. Kommunikation über „das Alltägliche“ soll hier möglich sein. Auf diesen digitalen Dorfplätzen finden ein Austausch von Informationen, Tauschbörsen, aber auch Tratsch und Klatsch statt, die gemeinsam das kulturelle Leben in den Quartieren erst ausmachen. Diese digitalen Dorfplätze tragen schließlich auch dem demokratischen Prinzip dezentraler Selbstorganisation und Diskussion Rechnung.

Wir nehmen digitale Partizipationsmöglichkeiten ernst. Daher wollen wir sie so in administrative Prozesse implementieren, dass Meinungsäußerungen der Bürgerinnen und Bürger auch eingehend ausgewertet werden, um sie in die Entscheidungsfindung einfließen lassen zu können.

6. INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG, DATENSCHUTZ UND DATENVERWERTUNG

Seit der Jahrtausendwende haben Daten als verwertbarer Rohstoff in beträchtlichem Ausmaß an Bedeutung gewonnen. Das Internet ist von einem virtuellen Ort in teuren Heim-Computern zum allgegenwärtigen Lebensraum erwachsen. Die Grenzen zwischen analoger und digitaler Welt verschwimmen: ob privat mit Smartphone und Auto oder am Arbeitsplatz; in unserer Alltagskommunikation sind wir dauerhaft mit dem Internet verbunden.

Mit den Möglichkeiten von Massendatenverarbeitung und dramatisch wachsenden Datensammlungen öffentlich und/oder in Unkenntnis der Betroffenen gesammelten Informationen, aber vor allem auch freiwillig oder semifreiwillig verfügbar gemachten Daten ergeben sich ganz neue Möglichkeiten persönlicher Sicherheit und Bequemlichkeit, aber auch der weitgehenden Transparenz, Vorhersagbarkeit und Manipulierbarkeit der Bürgerinnen und Bürger, auch im Dienste staatlicher Machtausübung, vor allem aber im Rahmen privater kommerzieller Anwendungen. Technisch könnte schon heute mit überschaubarem Aufwand eine weitgehend lückenlose Überwachung von Mobilität, Konsum und Interessen mit der Möglichkeit umfassender Rückschlüsse auf die Person und ihre Vorlieben, aber auch auf viele Stärken und Schwächen sowie umfangreiche Hinweise höchst privater Natur erreicht werden. Neben der Überwachung stellt auch die potenzielle Fehlerhaftigkeit von Daten, die die Entscheidungen Dritter beeinflussen können, ein Risiko dar.

Diese Entwicklungen vereinfachen unser Leben und vernetzen uns über geografische Grenzen hinweg. Gleichzeitig sind vormalig als unverletzlich geltende persönliche Daten für private wie staatliche Akteure zu (ver-)handelbaren Massen geworden. Die Nutzung eines Smartphones resultiert in einer präzisen Aufzeichnung unseres Bewegungsprofils, unserer Kommunikationsgewohnheiten und -inhalte. Die Nutzung von elektronischen Zahlungsmitteln macht unser Kaufverhalten nachvollziehbar und manipulierbar. Die unverschlüsselte Kommunikation über E-Mails, soziale Netzwerke und Video-Chat-Portale eröffnet Einblicke in unsere intimsten Lebensbereiche. Der Utopie einer friedlichen kulturellen wie politischen Weltöffentlichkeit steht die Dystopie einer Überwachungsgesellschaft gegenüber, deren kritische Stimmen automatisiert verstummt werden. Ob und welche dieser extremen Vorstellungen Realität werden wird, ist heftig umkämpft.

Entscheidend ist, wer die Kontrolle über die Daten besitzt. Es ist unsere Überzeugung, dass sich eine emanzipatorische Datenschutzpolitik dieser Herausforderung stellen muss. Angesichts der Komplexitätsgrade möglicher Datenverwertung und der Unübersichtlichkeit vielerlei irgendwann möglicher Nutzungen, Auswertungen und Interpretationen kommt es darauf an, dem Individuum den Herrschaftsanspruch über seine Daten zu sichern. Wir müssen den Nutzerinnen und Nutzern die Gewalt über ihre Daten zurückgeben und gleichzeitig die Vorteile neuer Technologien nutzbar machen. In diesem Spannungsverhältnis müssen wir allgemeingültige Regelungen definieren und gleichzeitig funktionale Lösungen finden.

Datensparsamkeit

Grundsätzlich gilt: Nur gespeicherte Daten können verwendet oder missbraucht werden. Mit dem Konzept der Datensparsamkeit wird dem Rechnung getragen: Was nicht gespeichert wurde, das kann auch nicht ge- oder missbraucht werden.

Nötig ist daher die konsequente Einschränkung der Speicherung von Daten. Das grundgesetzlich garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann nur sichergestellt werden, indem der gewerblichen und staatlichen Nutzung von Daten das Prinzip der Datensparsamkeit zugrunde gelegt wird. Wer Daten speichern will, muss konkrete Anforderungen erfüllen: Die gespeicherten Daten müssen einer konkreten Anwendung zugeordnet werden können

(Zweckbindung) und einem identifizierbaren Zweck dienen (Kontextbezug). Die Verwendung von Daten muss transparent erfolgen. Alle staatlichen Datensammlungen müssen regelmäßig und umfassend auf ihre Funktionalität und ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss gegenüber jedem das Recht auf vollständige Auskunft über die von ihm gespeicherten Daten haben.

Nicht nur Kommunikationsinhalte lassen Rückschlüsse auf die Person, ihre Ideen und Überzeugungen, Handlungen und Entscheidungen, persönliche Verhältnisse und privaten Handlungen zu. Auch Informationen über Zeit, Ort, Dauer und weitere Metadaten erlauben die Identifizierung von Einzelpersonen. In Verbindung mit öffentlich zugänglichen Informationen erlauben sie umfassende Kenntnis der Person. Metadaten verdienen deshalb besonderen Schutz. Auch die Gefahr einer Monopolbildung darf nicht ignoriert werden. Denkbar ist ein Genehmigungsvorbehalt für die Speicherung von Metadaten.

Der Gebrauch von Meta- und Inhaltsdaten eröffnet aber auch unübersehbare Chancen im Sinne von Big Data. Deshalb ist eine Einzelfallabwägung unerlässlich. Verwaltungen und Parlamente müssen nichtpersonenbezogene Informationen im Sinne von Open Data transparent und kurzfristig online bereitstellen.

Keine flächendeckende Überwachung

National wie international ist die flächendeckende Überwachung durch staatliche Organe zu bekämpfen. Die Denkwerkstatt bekennt sich zur Unschuldsvermutung und stellt sich klar gegen Generalverdächtigungen und massenhafte staatliche Überwachung. Bei Fragen der inneren Sicherheit muss der Grundsatz gelten: selektive anlassbezogene Überwachung statt Totalüberwachung.

Wir setzen uns für eine gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Geheimdiensten und deren verstärkte Kontrolle durch Parlamente ein. Bürgerinnen und Bürger müssen das Recht haben zu erfahren, welche Informationen staatlichen Organen über sie vorliegen. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung muss zum Standard für elektronische Kommunikation werden.

Datensouveränität herstellen

Das Individuum hat heute in den seltensten Fällen reale Macht über den Umgang mit seinen Daten. Lange und für Nichtjuristen unverständliche Einverständniserklärungen sind zum Gate Keeper von sozialen Interaktionen und sogar Arbeitsbeziehungen geworden. Damit wird faktisch dem Individuum die Kontrolle über seine Daten entzogen, wenn er oder sie nicht den Preis gesellschaftlicher Exklusion zahlen will.

Das Wissen über die tatsächliche Verwendung von personenbezogenen Daten wie Metadaten ist viel zu wenig verbreitet. Wir fordern eine aktive Aufklärungsarbeit zur Schaffung eines Bewusstseins für den kritischen Umgang mit privaten Daten.

Angesichts der Komplexität der Auswirkung einer Freigabe von Daten muss die Entscheidung über den Umgang mit Daten dauerhaft bei jedem einzelnen Menschen liegen. Die konkrete Erlaubnis über die Verwendung und Speicherung von Daten durch private oder staatliche Akteure muss in jedem Fall an eine widerrufliche Einverständniserklärung gebunden sein. Die Beweispflicht über das umfassende Verständnis des erklärten Einverständnisses ist umzukehren und dem datenspeichernden Akteur aufzuerlegen. Nur so kann angesichts der Komplexität und Potenziale der Datenverwendung das Selbstbestimmungsrecht angemessen ge-

wahrt bleiben. Es muss darüber hinaus der Grundsatz der Rückholbarkeit gelten: Nur wenn die komplette Löschung von Daten dauerhaft garantiert werden kann, ist eine Erlaubnis zur Speicherung auszusprechen. Datensouveräne Entscheidungen müssen dabei stärker am Ort des Individuums, nicht am Ort des Anbieters Geltung erfahren. Zur Unterbindung von Datenmissbrauch sind starke Kontrollinstrumente einzuführen. Personen, die Missbrauch öffentlich machen, sogenannte Whistleblower, sind besonders zu schützen.

Datenschutz politisch forcieren

Datenschutz kann angesichts globalisierten Datenaustauschs nicht nur ein regionales oder nationales Thema sein. Fragen des Umgangs mit Daten werden mindestens auf Ebene der Europäischen Union, wenn nicht in weltweiten Debatten ausgehandelt. Die Anforderungen an gesetzliche Regelungen entwickeln sich immer schneller als die Regelungen selbst. Begreifen wir Herausforderung als Chance für eine stetige Weiterentwicklung unserer Regelungen, kann eine fruchtbare Debatte entstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir Datenschutz zu einem politischen Schwerpunktthema der deutschen und europäischen Sozialdemokratie erheben. Konkret wollen wir eine Befristung aller Datenschutzbestimmungen erreichen. Denn alle entsprechenden Bestimmungen unterliegen aufgrund der rasanten technischen Entwicklung in besonderem Maße nachholender Normierung, die eine andauernde parlamentarische und juristische Neubewertung aktueller Herausforderungen sowie öffentliche Debatten erfordert. Auf europäischer Ebene wollen wir im Rahmen der Bundesregierung und der Mitglieder des Europäischen Parlaments für einen starken Datenschutz verhandeln. Wir wirken darauf hin, dass dennoch weiter bestehende Lücken durch die nationale Gesetzgebung gefüllt werden. Von Regierungen unabhängige Datenschutzbeauftragte wollen wir besser ausstatten und auch auf europäischer Ebene als wirksame Kontrollinstanz für Regelungen und Initiatoren gesellschaftlicher Debatten einführen. Gesetzliche Initiativen sind auf allen Ebenen auf ihre Folgen für Fragen des Datenschutzes zu überprüfen. Konzepte wie „privacy by design“ und „security by design“ wollen wir bei allen staatlichen Entwicklungen von technischen und Softwarelösungen von Anfang an berücksichtigen.

**HANDREICHUNG ZUR KONFERENZ ‚DIE DIGITALE
ZUKUNFT‘ AM 08.06.2015 IN WIESBADEN**



MONTAG, 8. JUNI 2015
11 - 16:30 UHR
IM MUSEUM WIESBADEN
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE 2 • 65185 WIESBADEN

**MIT MALU DREYER, DIETER GORNY, STEPHAN NOLLER, JOEL BAUMANN,
KARLA PAUL, BRIGITTE ZYPRIES, THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UVM.**

EINE VERANSTALTUNG VON



KULTURFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE

SPD-HESSEN.DE

GRUSSWORT



Industrie 4.0 und Datenschutz, grenzenloses Arbeiten und ein unendliches Kulturangebot über Streamingdienste – dies sind nur einige Ausprägungen der Digitalisierung. Sie bietet für unsere Gesellschaft, unser Wirtschaften und Arbeiten, aber auch unser Zusammenleben zahlreiche Chancen. Sie stellt uns

aber auch vor große Herausforderungen. Bei unserer Konferenz „Die digitale Zukunft“ wollen wir uns diesen stellen. Wie können wir die Digitalisierung als Politik gestalten? Wie schaffen wir es, die Menschen und die Wirtschaft fit zu machen für die digitale Welt? Und wie ermöglichen wir es, unsere Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in der Zukunft umzusetzen? Hiermit lade ich Sie und Euch herzlich zur gemeinsamen Diskussion ein. Ich freue mich auf Ihr und Euer Kommen.

Herzliche Grüße

Thorsten Schäfer-Gümbel

Stellv. Bundesvorsitzender SPD, Landesvorsitzender SPD Hessen

PROGRAMM

ARBEIT UND WIRTSCHAFT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

- 11.00 Uhr** **Begrüßung und Eröffnung**
Thorsten Schäfer-Gümbel

Videobotschaft
Thomas Spies
Leiter der Denkwerkstatt Digitalisierung
und Gesellschaft, SPD Hessen
- 11:15 Uhr** **„Chancen der Produktivität in der
digitalisierten Wirtschaft“**
Malu Dreyer
Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz
- 11:45 Uhr** **„Netzwerk 2020: Politische
Herausforderungen für
den digitalen Wandel der
Gesellschaft“**
Joachim Bühler
Geschäftsführer BITKOM
- 12:00 Uhr** **„Gestaltungsmöglichkeiten
der digitalisierten Wirtschaft“**
Malu Dreyer
Joachim Bühler
Harald Lemke
Sonderbeauftragter für E-Government und
E-Justice, Deutsche Post AG
Inge Lippert
Leiterin der Abteilung Struktur-, Industrie-
und Dienstleistungspolitik, DGB

Moderation:
Jens Zimmermann, MdB
- 13:30 Uhr** Mittagspause

KULTUR UND ÖFFENTLICHKEIT IN DER DIGITALISIERTEN GESELLSCHAFT

- 14:20 Uhr** **„Digitale Strategie im Museum Wiesbaden“**
Alexander Klar
Direktor Museum Wiesbaden
- 14:30 Uhr** **„Alle Wege führen zu Amazon –
politische Lösungen für eine
digitale Vielfalt der Kultur“**
Joel Baumann
Rektor Kunsthochschule Kassel
Brigitte Zypries
Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium Wirtschaft und Energie
Dieter Gorny
Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands
Musikindustrie
Karla Paul
Verlagsleitung Edel Ebooks der Edel AG

Moderation:
Florian Schwinn
Journalist, Hessischer Rundfunk
- 15:45 Uhr** **Schöne neue Digitalwelt?
Chancen einer neuen Öffentlichkeit**
Stephan Noller
Gründer, nugg.ad AG

RAHMENPROGRAMM:

2 Kunstführungen in der Mittagspause

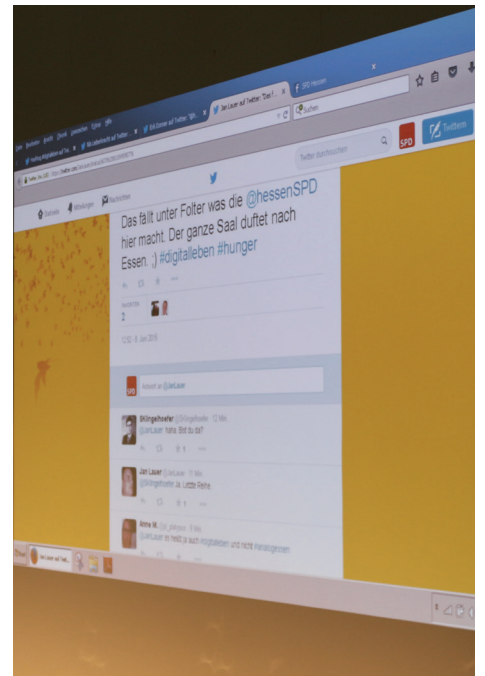
- Klassische Moderne
- bzzzzzzz - Fliegen, Mücken, Bremsen

ANMELDUNG:

Bis 6. Juni 2015 auf **SPD-HESSEN.DE/DIGITALEZUKUNFT**

BARRIEREFREIER ZUGANG:

Menschen mit Assistenzbedarf melden sich bitte unter
0611 / 335 225 0







IMPRESSUM

SPD-LANDESVERBAND HESSEN

Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Spies MdL
(Leiter der Denkwerkstatt)

Tel.: 0611 - 999 77-0
Fax: 0611 - 999 77-11
E-Mail: Landesverband.Hessen@spd.de
Facebook: facebook.com/spdhessen

REDAKTION

Dr. Thomas Spies MdL, David Dilmaghani

LAYOUT

Isabel Neumann
Lisa Hermanns

BILDER

Archiv Landesverband